



Termine Themen Texte

Heft 44 – Juni 2010



Herausgegeben von der
Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.

Unser Titelfoto zeigt:

Verleihung des Preises der Akademie an den Verein „Bücher ohne Grenzen / Bøger over grænsen B.O.G.e.V.“ am 12.03.2010 in Aventoft (v. rechts: Rüdiger von Plüskow, Ulla Pieper, Niels Erik Tyge, Gebbe List-Petersen).

Impressum

Herausgeberin:

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Horst Müller (V.i.S.d.P.)

Geschäftsstelle:

Hamburger Chaussee 25, 24220 Flintbek

Telefon: 043 47 - 704 - 800

Fax: 043 47 - 704 - 809

E-Mail: info@alr-sh.de

Internet: www.alr-sh.de

Redaktion: Andrea Weigert

Foto des Titelblattes:

Druck: Heider Offsetdruckerei Pingel-Witte

Die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Staatssekretär a.D. Rüdiger v. Plüskow (Vorsitzender)

Helga Klindt, (stellvertretende Vorsitzende)

Bürgermeister a.D. Horst Müller (geschäftsführendes Vorstandsmitglied)

Jörg Bülow, Geschäftsführer des S.-H. Gemeindetages

Jürgen Feddersen, MdL

Propst i.R. Manfred Kamper

Landrat Dr. Jörn Klimant



EDITORIAL

Unsere Akademie befindet sich im 19. Jahr ihres Bestehens in schwierigem Fahrwasser. Es geht um ihren Fortbestand.

In der letzten Mitgliederversammlung hat Staatssekretär Rabus die Absicht der Landesregierung allgemein erläutert, die Umweltakademie und die Akademie und die Akademie für die Ländlichen Räume zusammenzuführen. Die ALR soll dabei als Rumpfakademie fortbestehen. In der anschließenden Diskussion bestand Einigkeit, dass in jedem Fall die Eigenständigkeit der ALR und ihre umfassende Zuständigkeit gewährleistet bleiben müssen. Inzwischen hat das Ministerium seine Absicht mit Vorschlägen konkretisiert. Diese sehen im Wesentlichen die Gründung einer neuen öffentlich-rechtlichen Anstalt vor, auf welche die Aufgaben der Umweltakademie und wesentlichen Aufgaben des privat-rechtlichen Vereins ALR übertragen werden sollen. Gleichzeitig soll die finanzielle Förderung der ALR drastisch vermindert werden. Vorstand und Ministerium haben

diese Vorschläge diskutiert. Den gegenwärtigen Verhandlungsstand haben wir Ihnen in einem Mitglieberbrief vor kurzem mitgeteilt. Der Vorstand hat sich natürlich in zahlreichen Sondersitzungen mit diesem Tatbestand befasst. Es wurde sehr ernsthaft und auch kontrovers diskutiert, ohne wegen der existentiellen Bedeutung dieser Frage für den Fortbestand der ALR zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen. Dies gilt nicht zuletzt deshalb weil die vom Ministerium vorgelegte Satzungsentwurf für die neue Institution noch gar nicht erörtert werden konnte. Dieser Entwurf ist wegen der vorgesehenen Zusammensetzung des Vorstands und des Abstimmungsverfahrens gegenwärtig nicht annehmbar.

Die endgültige Meinungsbildung wird uns dadurch erschwert, dass der Sinn der vom Ministerium angestrebten Neuorganisation bisher im Dunkeln geblieben ist. Denn eine spürbare Einsparung wird nicht erreicht. Dagegen sind bei Erhalt der ALR in ihrer gegenwärtigen Form

erheblich größere Einsparungen möglich, denen wird uns nicht verschließen. Völlig unverständlich ist, warum Aufgaben eines erfolgreichen, flexibel funktionierenden privaten Vereins auf eine neue staatliche Organisation übertragen werden sollen. Eine solche Teilverstaatlichung widerspräche dem richtigen politischen Ziel staatliches Handeln möglichst zu privatisieren. Das Nebeneinander – oder Gegeneinander? – von 2 Interessenvertretern des ländlichen Raumes wäre zudem der Öffentlichkeit kaum zu vermitteln in Zeiten, in denen Bündelung der Kräfte angesagt ist.

Die Mitgliederversammlung wird schließlich entscheiden, ob eine vom Ministerium angestrebte Übertragung der Hauptaufgaben auf eine

neu zu schaffende Anstalt des öffentlichen Rechts mit der von ihr selbst vorgegebenen Bedingungen Erhalt der Eigenständigkeit und umfassende Zuständigkeit vereinbar ist.

Wir befinden uns in also in bewegten Zeiten, die von Mitarbeitern und Vorstand höchsten Einsatz verlangen. Dennoch gehen die geplanten Aktivitäten uneingeschränkt weiter, um unsere Aufgaben für den ländlichen Raum erfüllen zu können. Wir bleiben uns also selbst treu, unterstützen Sie uns dabei.

Für eine bevorstehende Ferienzeit wünsche ich Ihnen und Ihren Familien gute Erholung und viel Sonne.

*Rüdiger v. Plüskow,
Vorsitzender der ALR*

Wir brauchen Ihre Mitarbeit!

Ein interessantes Mitgliederheft lebt vom Engagement seiner Leserschaft.

Bitte senden Sie uns Berichte, Informationen und Hinweise aus Ihrer Arbeit, die auch anderen Mitgliedern Anregungen geben könnten.

Leserbriefe nehmen wir ebenfalls gern entgegen.

Der Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der **29. Oktober 2010.**

In diesem Heft:

Editorial	3
Termine	6
Themen	
Schulen braucht das Land	11
MORO Nord: Großräumige Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg – eine Zukunftsvision?	13
Stadt und Land in gemeinsamer Verantwortung „Bad Bevenser Erklärung“	14
Schweriner Erklärung: Kulturlandschaft in Gefahr!	20
Bundeswettbewerb "Bioenergie-Dörfer 2010" gestartet (6.5.2010)	21
Aus der Arbeit der Akademie	
Projekt „Bücher ohne Grenzen / Bøger over grænser B.O.G.e.V.“ erhält den Preis der ALR 2009	22
Kommune trifft Kirche in gemeinsamer Verantwortung für unsere Bestattungskultur	24
„Wege mit Aussichten müssen weiter besritten werden“	26
Aus der Arbeit der europe direct	
Intelligent, nachhaltig und integrativ: Europa erneuert sich	28
2010: Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung	30
Rock for your Children: die Charity-Song-Initiative	31
Künftiger EU-Haushalt und Vertrag von Lissabon – wie stehen die Aussichten für die ländliche Räume in Schleswig-Holstein	32
Welche Landwirtschaft braucht das Europa von morgen?	34
Die Debatte um die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Schleswig-Holstein – die ALR bringt sich ein	35
einfach – einmalig – ea-sh	37
Sozialleistungen auch im Europäischen Ausland	38
Die Zukunft der Energieversorgung:	39
INTERREG IVC „Renewable Energy Regions Network“ (RENREN)	40
Literaturtipps	41
Texte	
Prof. emer. Dr. Klaus Klemm: Bildung zwischen Rhetorik und Realität	46
Adressenverzeichnis der Veranstalter	53



TERMINE

Veranstaltungen der ALR finden Sie immer aktuell im Internet unter www.alr-sh.de/Veranstaltungen

Juli 2010

Seminar

12. – 14.07.

Beratungsgespräche führen

In diesem Seminar erlernen Sie die Grundfähigkeiten und Methoden zum erfolgreichen Moderieren von Gruppen. Dazu gehört auch die Vermittlung von Fragetechniken mit denen Sie Gruppen durch das Thema von Arbeitssitzungen und Veranstaltungen führen können.

Ort: Bonn

Teilnahmebeitrag: 325,00 € (incl. Tagungsgetränke und -Imbiss sowie Seminarmaterialien)

Veranstalter: kommunare

Institut für die Nachhaltige Regional- &

Organisationsentwicklung – Stefan & Dorle Gothe, GbR

September 2010

Seminar

6. – 8. 9.

Teams entwickeln

Das Seminar dient dazu, dass Vorstände, Vorgesetzte, Regionalmanager oder Arbeitskreis- und Projektleiter erlernen, wie sie ihr Team entwickeln können. Dabei stehen praktische Übungen im Vordergrund des Seminars.

Ort: Bonn

Teilnahmebeitrag: 350,00 € (incl. Tagungsgetränke und -Imbiss sowie Seminarmaterialien)

Veranstalter: kommunare

Institut für die Nachhaltige Regional- &

Organisationsentwicklung - Stefan & Dorle Gothe, GbR

Messe NordBau

2. – 7. 9.

Hilfe bei Europafragen? – am Europastand auf der Fachmesse Nordbau

Das Europaministerium Schleswig-Holstein hat auch in diesem Jahr einen Europastand für die Europe Direct – Informationszentren in Flintbek und Kiel, das europe enterprise-network, das Europäische Verbraucherzentrum, den Verein der Europaschulen und euodesk, dem Spezialisten für Jugendauslandaufenthalte verschiedenster Art organisiert. Auch das Glücksrad ist wieder im Einsatz.

Ort: Neumünster, Messegelände bei den Holstenhallen, Halle 8, Stand 8119 hinter der Innovationsstiftung

Messe NORLA

9. – 12. 9.

ALR und Europe Direct präsentieren sich wieder auf der NORLA

Wir freuen uns auf Gespräche rund um die AktivRegionen und MarktTreffe, sind aber auch offen für Ihre Anliegen und nehmen auch Anregungen für unsere Aktivitäten gern auf.

Europe Direct finden Sie zusätzlich am **Europastand in Halle 2 neben Edeka**. Hier erwarten Sie kompetente Ansprechpartner/innen, Informationsmaterial und ein Glücksrad mit Fragen zu Europa und der Aussicht auf den Gewinn eines kleinen Preises.

Ort ALR: Messegelände, Halle 2, neben dem Stand des Landtages

Ort Europe Direct: Messegelände, Halle 2, gegenüber der Edeka und neben dem MLUR

Tag des offenen Denkmals

**12. 9. „Kultur in Bewegung – Reisen, Handel und Verkehr“ –
Handelswege durch den Aukrug**

Ausstellung mit Exkursionen in die nächste Umgebung.

Ort: Aukrug-Bünzen

Teilnehmerbeitrag: kostenlos

Veranstalter: Museum zur Volkskunde des Aukrugs
„Dat ole Hus“

Tagung

**16. 9. Abschlusstagung „Lust auf Lösungen. “Coaching als
Unterstützung von regionalen Entwicklungsprozessen**

Die Ergebnisse des Coachings-Vorhabens „Von der Küste zu den Alpen-Regionen im Aufbruch: Umsetzungsbegleitung regionaler Projekte durch Qualifizierung, Coaching und Beratung der Regionalentwickler“ gefördert durch die DBU wird vorgestellt.

Im Rahmen eines Info-Cafés (mit Imbiss) werden Praxis-Erfahrungen mit der Erarbeitung von Lösungen durch Coaching sowie die Inhalte der Regionalcoaching-Fortbildung vorgestellt.

Anschließend stehen unter dem Programmpunkt „Lösungswege suchen – rent a coach“ den Teilnehmenden der Tagung 6 Coaches aus der Fortbildung für eine Coaching-Sitzung zur Verfügung um Anliegen, bzw. Fälle zu den Themenbereichen Arbeits- und Organisationsstrukturen, Führung, Teamentwicklung, Rollenfindung zu bearbeiten.

Ort: Osnabrück

Teilnahmebeitrag: 30,00 € (incl. Getränke und Imbiss)

Veranstalter: Zentrum für Umweltkommunikation (DBU)
(Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne)

Tagung

16. 9.

Die Zukunft der Landschaftspläne in Schleswig-Holstein

Die Veranstaltung will die aktuellen Anforderungen und Ziele für eine moderne Landschaftsplanerstellung in Schleswig-Holstein umreißen, einen Überblick über den Stand der Fortschreibung bieten, dem Aspekt nach der ausbleibenden Fortschreibung der auslaufenden Landschaftsplan-Verordnung nachgehen sowie die Frage, was die bisherige Landschaftsplanerstellung tatsächlich für den Zustand von Natur und Landschaft gebracht hat, klären.

Ort: Akademie für Natur und Umwelt
des Landes Schleswig-Holstein, Flintbek
Teilnahmebeitrag: 45,00 € zzgl. Verpflegung

Veranstalter: Akademie für Natur und Umwelt
des Landes Schleswig-Holstein (Elke Boysen-Feldt)
in Zusammenarbeit mit dem BBN, Regionalgruppe SH

Tagung

29. 9. – 3. 10.

Der Nationalpark Kellerwald-Edersee im Reich der urigen Buchen

Der Nationalpark Kellerwald-Edersee bedeckt einen kleinen nördlichen Teil des südwestlich von Kassel gelegenen Kellerwaldes. Aufgrund seines bunten Mosaiks konnten im Nationalpark bisher mehr als 1000 Arten von Farn- und Blütenpflanzen, Großpilzen und Flechten nachgewiesen werden. Gleichermäßen sind im gebiet des Kellerwaldes viele seltene Großsäugertier-, Vogel-, Fledermaus-, Käfer- und Schmetterlingsarten erfasst. Mehr als 75% der Fläche werden bereits jetzt ohne menschliche Eingriffe der natürlichen Dynamik überlassen.

Ort: Nationalpark Kellerwald-Edersee
Teilnahmebeitrag: 300,00 €
(incl. Übernachtungskosten zzgl. Verpflegungskosten)

Veranstalter/Anmeldung: Akademie für Natur und Umwelt
des Landes Schleswig-Holstein (Gudrun Keck)
NABU Schleswig-Holstein, Gruppe Büchen
in Zusammenarbeit mit der Freien Lauenburgischen
Akademie für Wissenschaft und Kultur Wentorf

Oktober 2010

Tagung

6. 10.

Fragen zum praktischen Vollzug des Landesnaturschutzgesetzes

Die Veranstaltung soll vor allem professionellen Anwenderinnen und Anwendern außerhalb der Naturschutzverwaltung Gelegenheit geben, mit Vertreterinnen und Vertretern der obersten Naturschutzbehörden über besondere Fragestellungen im Vollzug des Naturschutzes zu diskutieren.

Ort: Akademie für Natur und Umwelt, Flintbek
Teilnahmebeitrag: 45,00 € zzgl. Verpflegung

Veranstalter: Akademie für Natur und Umwelt
des Landes Schleswig-Holstein (Dörte Paustian)
in Zusammenarbeit mit dem Ministerium
für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

November 2010

Naturschutztag 2010

Naturschutztag Schleswig-Holstein 2010: Unternehmen Naturschutz – Die ökonomische Bedeutung der Natur und ökonomische Betrachtung des Naturschutzes

Vorgesehene Themen sind:

- Güter und Dienstleistungen der Natur und deren ökonomische Bewertung
- Klimawandel und seine Folgen
- Verantwortungsvoller Umgang mit der Natur

Ort: Kulturzentrum Rendsburg
Teilnahmebeitrag: 15 €

Veranstalter: Akademie für Natur und Umwelt
des Landes Schleswig-Holstein (Dörte Paustian)
in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und vielen Vereinen und Verbänden des Natur- und Umweltschutzes



THEMEN

Schulen braucht das Land

Einführung der Begleitveranstaltung zum Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2010 im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin, veranstaltet von der Arge Ländlicher Raum am 21.1.2010. In dieser Arbeitsgemeinschaft haben sich die Akademien ländlicher Räume der Länder zusammengeschlossen, um ihre Kräfte zu bündeln und ein Sprachrohr gegenüber Bund und EU zu haben.

Bildung ist für den Einzelnen und für die Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Für jeden ist Bildung die Voraussetzung für persönliche und berufliche Entfaltung, für wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe und damit persönliches Glück. Sie ist nicht zuletzt wichtiger Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Das Bildungsniveau bestimmt Wohlfahrt und Wachstum unseres rohstoffarmen Landes. In der heutigen Wissensgesellschaft ist ein hohes Humankapital ein bedeutsamer Wettbewerbs- und Standortvorteil. Nur eine Zahl dazu: eine neue Untersuchung der Bertelsmannstiftung stellt fest: hätten alle deutschen Schüler den finnischen Standard,

könnte unser Land bis 2090 fast 10 Billionen Euro zusätzlich erwirtschaften – unser Schuldenproblem wäre gelöst.

Das deutsche Bildungssystem – früher das beste der Welt – hat heute besorgniserregende Defizite:

- ein zu starres, unübersichtliches Schulsystem, das übermäßig Risikoschüler, Wiederholer und Abbrecher produziert und so Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit beeinträchtigt,
- unattraktive Hochschulen, die zu wenig Studenten anlocken und gleichfalls hohe Abbrecherraten haben,
- eine teilweise marode Infrastruktur.

Wir sind also in den auf Grund demografischen Wandels, Finanzmiserere und Globalisierung notwendigen Umbau unseres Bildungssystems nicht aus der Poleposition gestartet.

Was für die Republik generell gilt, gilt für den ländlichen Raum im Besonderen. Das Bildungsangebot ist hier wegen der geringeren Einwohnerdichte zwangsläufig begrenzter als in der Stadt. Drohende Überalterung

und Abwanderung vor allem gut ausgebildeter Frauen wird zur weiteren Verringerung von Bildungseinrichtungen führen und kann damit die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Regionen gefährden, wenn nichts geschieht.

Was also ist zu tun?

Erfreulich ist immerhin, dass die Erkenntnis der entscheidenden Bedeutung der Bildung für die Zukunft unseres Landes sich – wenn auch spät – zumindest verbal durchgesetzt hat. Die Bundeskanzlerin selbst hat die Bildungsrepublik ausgerufen.

Allerdings verläuft die Umsetzung des guten Willens zäh:

- die Reformansätze sind unzureichend,
- die Finanzmittel sind viel zu knapp bemessen, um den gewaltigen Reformstau schnell aufzuholen. Außerdem wird selbst bei den vom Bildungsgipfel beschlossenen Budgets getrickst, um die Vorgaben wenigstens rechnerisch zu erreichen
- und schließlich behindern die überflüssigen Eifersüchteleien zwischen Bund und Ländern den Reformprozess. Der Föderalismus erweist sich hier als Störfaktor zum Nachteil des ganzen Landes.

Wie können die Lösungsansätze aussehen?

Dazu wollen wir heute einiges

hören. Doch generell kann man feststellen:

Neben den allgemeingültigen – allerdings umstrittenen – Vorstellungen für den Umbau des Bildungssystems bedarf es für die ländlichen Räume besonderer Lösungen. Die wichtigsten Stichworte sind dabei Flexibilität und Kooperation. Wir brauchen mehr Gestaltungsspielräume und Eigen-Verantwortung für alle Bildungseinrichtungen, vor allem für die Schulen, die sich am viel zu kurzen Zügel der Schulbürokraten nicht selbst entfalten können.

Für die Erhaltung von Schulstandorten auf dem Land müssen flexiblere Kriterien gelten als in der Stadt. Bei der Entscheidung über den Erhalt einer Schule auf dem Land können nicht allein schulische Überlegungen eine Rolle spielen. Zur berücksichtigen sind auch die soziale und kulturelle Funktion der Schule für den Ort und seine Umgebung.

Dabei müssen die betroffenen Gemeinden ebenso wie die Eltern eng eingebunden werden in die Entscheidungen. Nur so kann Akzeptanz entstehen. Vom grünen Tisch nach Aktenlage geht das nicht.

Wir brauchen eine intensive Kooperation aller Bildungseinrichtungen auch über die Ostgrenzen hinaus. Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit der Schulen mit dem vorschulischen Bereich, den Institutionen der Aus- und Weiterbildung und mit

den außerschulischen Partnern wie Vereinen und Verbänden.

Unverzichtbar für eine lebendige ländliche Bildungslandschaft ist aber auch die sozial gerechte Regelung der Kosten der Kinderbeförderung. Und schließlich brauchen wir

endlich eine flächendeckende Breitbandversorgung, um auch entlegenen Regionen ein ausreichendes Bildungsangebot machen zu können.

Rüdiger v. Plüskow, Vorsitzender der Akademie für die Ländlichen Räume

MORO Nord: Großräumige Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg – eine Zukunftsvision?

Die Großräumige Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg (MORO Nord) ist ein gemeinsames Projekt der Länder Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein sowie der Metropolregion Hamburg. Mit dem Modellvorhaben werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Metropolregion und ihrem weiteren Verflechtungsbereich aufgezeigt und erprobt. Gemeinsam sollen Metropolregion, städtische und ländliche Teilräume zu einem nachhaltigem Wachstum und einer zukunftsfähigen Entwicklung in Norddeutschland beitragen. In Projekten aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung vernetzen sich Akteure aus den verschiedenen Teilräumen. Ziel der Projekte ist mittelfristig die Schaffung von Mehrwert durch großräumige Kooperation und langfristig die Stärkung des Gedankens der überregionalen Partnerschaft.

Die Laufzeit des Modellvorhabens ist auf zwei Jahre (2008 bis 2010) angelegt, wobei MORO Nord ausdrücklich Kooperationen über diesen Zeitraum hinaus anstoßen will. Ausgelobt wurde das Modellvorhaben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) unter der Begleitung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Aus bundesweit 60 Bewerbern setzten sich insgesamt 7 Antragsteller durch, darunter MORO Nord.

Finanziert wird das Projekt MORO Nord durch das BMVBS und die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, die Hansestadt Hamburg, die Metropolregion Hamburg sowie die IHK Lübeck. Die Federführung des Projektes hat das Innenministerium Schleswig-Holstein (Abteilung Landesplanung) inne.

Die Akademie für die Ländlichen

Räume hat sich an zwei der insgesamt 15 Teilprojekte beteiligt:

In dem Projekt „Aus der Region für die Region“ ist die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe in der MORO-Region Norddeutschland das Ziel. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Partnern innerhalb der Metropolregion und in den angrenzenden norddeutschen Regionen.

In dem Projekt „Position beziehen“ ist das Hauptziel die Herausarbeitung von Ansätzen und Chancen für die Entwicklung ländlicher Räume sowie die Verbesserung der Vernetzung ländlicher und städtischer Räume. Konkret wurde eine Gesamtschau der Stärken und Potenziale der

ländlichen Räume in Norddeutschland erarbeitet und mögliche Kooperations-themen und -projekte zwischen den ländlichen Räumen untereinander oder in Zusammenarbeit mit den städtischen Räumen dargestellt. Eine gemeinsame Erklärung zur künftigen Entwicklung und Zusammenarbeit der ländlichen Räume mit der Metropolregion Hamburg wurde erarbeitet und in der Abschlussveranstaltung dieses Teilprojektes in Bad Bevensen am 28. April 2010 verabschiedet.

Die Studie zu den Stärken und Potenzialen werden Sie in Kürze auf unserer Homepage finden; die gemeinsame Erklärung können Sie hier nachlesen:

Gemeinsame Erklärung des MORO-Nord Teilprojektes 11: Position beziehen – Ländliche Räume in der überregionalen Partnerschaft“ Stadt und Land in gemeinsamer Verantwortung „Bad Bevenser Erklärung“

Die Kooperationspartner

Im MORO-Nord-Modellvorhaben der Raumordnung "Überregionale Partnerschaften" arbeiten die Metropolregion Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg sowie die sechs schleswig-holsteinischen Kreise Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg und die acht niedersächsischen Landkreise Cuxhaven, Stade, Soltau-Fallingb., Roten-

burg (Wümmen), Harburg, Lüneburg, Uelzen, Lüchow-Dannenberg), die übrigen schleswig-holsteinischen Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde, Plön und Ostholstein, die Region Lübeck und die kreisfreien schleswig-holsteinischen Städte Flensburg, Kiel, Neumünster und die Hansestadt Lübeck, sowie die Planungsregion Westmecklenburg mit den Landkreisen Nordwestmecklen-

burg, Ludwigslust, Parchim und den kreisfreien Städten Schwerin und Hansestadt Wismar und die Planungsregion Mittleres Mecklenburg/Rostock mit den Landkreisen Bad Doberan und Güstrow sowie der kreisfreien Hansestadt Rostock – als Teilräume in Mecklenburg-Vorpommern – zusammen.

Das Selbstverständnis der Kooperationspartner

Die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg (MRH) und darüber hinaus in ganz Norddeutschland hat eine langjährige und erfolgreiche Tradition. Mit dem Kooperationsvorhaben wird angestrebt, Möglichkeiten der weiteren partnerschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion Hamburg und mit ihren Nachbarregionen aufzuzeigen und zu erproben. Um der Größe und Vielfalt der Partnerschaft mit all ihren Teilräumen gerecht zu werden, ist diese als flexibles Netzwerk ausgestaltet, d.h. die Zusammenarbeit kann je nach Bedarf auch punktuell und mit beschränktem Teilnehmerkreis erfolgen.

Die Kooperationspartner verstehen sich als **eine** Gemeinschaft, in die jeder Partner seine Potenziale und Stärken einbringt und in der Verknüpfungen ausgebaut bzw. gestärkt werden.

Warum eine politische Erklärung?

Bisher hat es weder in der Metropol-

region Hamburg, noch in Norddeutschland insgesamt eine Definition zur Bedeutung und Rolle der ländlichen Räume sowie zu deren Verhältnis zur Metropole Hamburg gegeben. Im erweiterten norddeutschen Kooperationsraum MORO, der zu einem noch größeren Anteil aus ländlich geprägten Räumen besteht, gewinnt diese Positionsbestimmung zusätzlich an Bedeutung. Neben Hamburg als metropolitanem Kern und Wachstumszentrum des norddeutschen Kooperationsraumes gibt es weitere städtische und ländliche Räume mit eigenen Wertigkeiten und wirtschaftlichen Stärken. Zwischen ihnen bestehen vielfältige Beziehungen und wechselseitige Abhängigkeiten. Sowohl die städtischen als auch die ländlichen Räume sind in sich sehr heterogen strukturiert.

Bislang erfolgte eine Betrachtung der ländlichen Räume oft in ihrer Funktion als Ergänzung zur Metropole. Weniger im Fokus stand eine eigenständige Profilierung mit Potentialen und Stärken, die die ländlichen Räume aus sich heraus aufweisen.

Die ländlichen Räume sind sich ihrer Stärken und Potenziale bewusst und wollen diese aktiv in die Entwicklung der Gesamtregion einbringen. Das Erkennen der eigenen Stärken ist notwendig, um Handlungsschwerpunkte setzen, erfolgreiche Kooperationen entwickeln und

Potentiale selbstbewusst nach außen vertreten zu können. Daher sollte eine Entwicklungsstrategie zur eigenständigen Profilierung und Hervorhebung eben dieser Stärken den Prozess begleiten.

Die ländlichen Räume und die Metropole wollen gemeinsam durch eine partnerschaftliche Kooperation zu verbesserten regionalen Lebensbedingungen, wirtschaftlichem Wachstum und einer nachhaltigen Entwicklung in Norddeutschland beitragen. Dies ist der Grund, warum sich die Partner im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft auf diese Erklärung verständigt haben.

Sie erklären deshalb:

• **Allgemeine Grundsätze**

Wir, die Vertreter der städtischen und der ländlichen Räume der Metropolregion Hamburg und der angrenzenden Landesteile von Schleswig-Holstein und von Mecklenburg-Vorpommern arbeiten über alle politischen Ebenen in einer partnerschaftlichen Verantwortungsgemeinschaft zusammen. Die nachfolgend benannten Handlungsfelder bilden den Rahmen für unsere Zusammenarbeit.

Kooperationen sind ein geeigneter Weg, gemeinsame zielgerichtete Problemlösungen zu erarbeiten und umzusetzen. In Zusammenarbeit kann eine „kritische Masse“ überwunden werden, um in gemeinsa-

men Aktivitäten oder Projekten anspruchsvollen Herausforderungen begegnen zu können, die von den Ressourcen einer Gebietskörperschaft alleine oft nicht mehr bewältigt werden können. Der Erfolg regionaler Kooperationen hängt von der Kultur der Zusammenarbeit und des Miteinanders ab. Die Interessen der ländlichen Regionen müssen gebündelt werden, um gemeinsam mit den Zentren für alle Partner vorteilhafte Kooperationsvorhaben zu gestalten.

Ziel und Maßstab unseres gemeinsamen Handelns sind eine erfolgreiche Entwicklung der gesamten Region sowie gleichwertige Lebensverhältnisse und Zukunftschancen in allen Teilräumen unserer Region. Wir folgen dabei dem Leitbild einer nachhaltigen Regionalentwicklung und behandeln Soziales, Wirtschaft, Umwelt und Kultur gleichrangig.

Die ländlichen Räume sind ein wichtiger unverzichtbarer Bestandteil unserer Region. Städtische und ländliche Räume stellen im Grundsatz keine Gegensätze dar, sondern bilden mit ihren jeweiligen Ausprägungen und Fähigkeiten eine funktionale Einheit. Die Möglichkeiten moderner Mobilität und Kommunikation haben die Unterschiede zwischen Stadt und Land vielfach verändert, so dass sich neue Formen der Kooperation entwickeln.

Die Metropole Hamburg ist der Wachstumsmotor für Norddeutsch-

land. Im nationalen sowie internationalen Wettbewerb ist sie zugleich Markt und Schaufenster für die Region.

Die Stärken und Chancen unserer Teilräume mehren und nutzen wir gemeinsam. Auch ihre Schwächen und Risiken mindern und tragen wir gemeinsam.

• **Ausgewählte Handlungsfelder**

In den städtischen und ländlichen Räumen gibt es sowohl gleiche als auch unterschiedliche Interessen. Wir stimmen sie in gemeinsamen Handlungsfeldern untereinander ab und gleichen sie erforderlichenfalls durch eine „Strategie der Balance“ im Sinne eines Gebens und Nehmens aus.

Demographischer Wandel

Wir sehen die Chancen, aber auch die Risiken in der Bevölkerungsentwicklung unserer Region. Zuwanderung und dem steigenden Anteil älterer Menschen stehen ein sinkender Anteil junger Menschen und deren Abwanderung aus den ländlichen Räumen gegenüber.

Wir werden solidarisch auf eine langfristig ausgewogene Verteilung und Altersstruktur unserer Bevölkerung, ganz besonders in den entlegeneren ländlichen Räumen, hinarbeiten. Damit verfolgen wir neben einer kurzfristigen Anpassungsstrategie ausdrücklich auch eine langfristige Präventionsstrategie.

Klimawandel und Energie

Wir werden die Entwicklung unserer Region wie auch in ihren Teilräumen noch umweltverträglicher gestalten. Besonders beim Klimaschutz und der Anpassung an den zu erwartenden Klimawandel gibt es noch umfangreiche Risiken und Handlungsbedarfe, denen es gemeinsam zu begegnen gilt.

Energiegewinnungs- und Versorgungssysteme in unserer Region werden wir auf ihre Klimaverträglichkeit überprüfen und nötigenfalls innovativ neu gestalten. Dabei kommt den ländlichen Räumen bei der verstärkten Erzeugung erneuerbarer Energien eine wachsende Bedeutung zu. Sie besitzen große Stärken und Chancen, im Hinblick auf eine sichere und nachhaltige CO₂-arme Wirtschafts- und Lebensweise in der Region Wachstum zu bewirken und Arbeitsplätze zu schaffen.

Bildung und Kultur

Wir wollen den Zugang zu Wissen und Bildung in der Region stetig verbessern, die Angebote intensivieren und optimal vernetzen. So sollen Schulen und Hochschulen verstärkt als Impulsgeber für nachhaltige Regionalentwicklung fungieren. Die kreativen Fähigkeiten der ländlichen und der städtischen Bevölkerung verstehen wir als Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse, für Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, für die soziale

und kulturelle Daseinsvorsorge und für die dauerhafte Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Dieses Potential zur Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen wollen wir fördern und verstärkt nutzen. Dabei messen wir einer Bildung für nachhaltige Entwicklung große Bedeutung bei.

Wirtschaft

Unsere Region begreifen wir als **einen** Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt. Durch eine intensivere Zusammenarbeit und Integration wollen wir deren Potentiale - auch international - besser entwickeln und vermarkten. Die Vielfalt von Strukturen, Kompetenzen und Potentialen in der Region sowie zwischen Stadt und Land sehen wir als Chance für Wachstum und Innovation, die es durch kooperative Strategien zu nutzen gilt.

Die mit der Internationalisierungsstrategie der Metropolregion Hamburg verfolgte Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist eine zentrale gemeinsame Strategie. Dies werden wir konsequent weiter umsetzen.

Sie soll durch eine Regionalisierungsstrategie ergänzt werden, in der wir die lokalen Ökonomien in unseren Städten und Dörfern durch eine Verknüpfung zu regionalen Wirtschaftskreisläufen stärken.

Verkehr

Die Erreichbarkeit unserer Region wollen wir durch den Ausbau und

die Optimierung überregionaler Verkehrswege weiter verbessern.

Wir wollen die Verkehrssituation zwischen städtischen und ländlichen Räumen unserer Region für die privaten wie öffentlichen Personen- und Güterverkehre im Sinne einer guten Vernetzung und wechselseitigen Erreichbarkeit stetig verbessern.

Arbeiten in den Städten und Wohnen auf dem Land darf auch verkehrlich keinen Widerspruch bedeuten. Dabei werden wir darauf hinwirken, dass allgemeine Straßenverkehrsaufkommen durch Verlagerungen und Verbünde zwischen den Verkehrssystemen nicht weiter zu steigern.

Tourismus

Der norddeutsche Raum ist eine attraktive Urlaubsregion. Wir werden die Attraktivität unserer Städte sowie die Erlebbarkeit der kulturlandschaftlichen Vielfalt unserer Region sowohl für die naturnahe Erholung als auch für den Städtetourismus zielstrebig weiter stärken und nutzen – zum Wohle der einheimischen Bevölkerung und unserer Gäste aus der ganzen Welt.

Stadt und Land können hier eine sich gegenseitig fördernde Symbiose eingehen und eine gemeinsame Identität und Vermarktung entwickeln, ohne ihre eigene Identität aufzugeben. Unser touristisches Marketing – nach innen wie nach außen – stellt die Stärken und Chancen aller Räume heraus.

Gesundheit

Die sich durch den demographischen Wandel ergebenden veränderten Altersstrukturen in unserer Bevölkerung bringen auch veränderte Anforderungen an die gesundheitliche Versorgung mit sich. Gleichzeitig stellt die Gewährleistung der ambulanten ärztlichen Versorgung in den ländlichen Räumen eine zunehmende Herausforderung dar.

Wir werden in Kooperationen mit den Zentren z.B. durch die Nutzung vernetzter Gesundheitstechnologien die Versorgung in den ländlichen Räumen sicherstellen.

Ein weiteres zu entwickelndes Potential stellt auch der Gesundheitstourismus dar.

Das Strategiepapier zur Ermittlung von Entwicklungspotenzialen in Norddeutschland hat als eines seiner Ergebnisse gezeigt, dass in den Handlungsfeldern Energie / Klimawandel, Tourismus und Gesundheit die besten Chancen für erfolgreiche Kooperationen zwischen den Partnern gesehen werden. Wir werden deshalb diese Handlungsfelder in den besonderen Fokus unserer weiteren Zusammenarbeit, stellen.

Wie geht es weiter?

Wir wollen die begonnene Kooperation fortsetzen. Denn nach dem Auslaufen des Bundesraumordnungsprojektes MORO Nord fehlt vor allem den von Hamburg peripher gelegenen ländlichen Regionen eine

Plattform auf der Kooperationsvorhaben mit der Metropolregion Hamburg entwickelt und initiiert werden können. Alle sind aufgefordert, den Prozess zu begleiten und sich einzubringen. Bis zu einer abschließenden Festlegung der weiteren Arbeitsstrukturen ist die Regierungsvertretung Lüneburg, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, Ansprechpartner für die – von Kooperationspartnern gewollte – Umsetzung der Handlungsfelder.

Die Entscheidung über diese Arbeitsstrukturen wird getroffen, sobald die Einzelheiten über die weitere Fortführung des Prozesses des MORO-Nord Modellvorhabens entschieden sind. Unabhängig davon begrüßen wir es, wenn konkrete Einzelprojekte schon jetzt begonnen werden können.

Ansprechpartner:

Harald Ottmar, Leiter der
Regierungsvertretung Lüneburg,
Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg
Tel: (04131) 15 1300

Ernst Hansen, Innenministerium,
Abt. Landesplanung und
Vermessungswesen, Düsternbrooker
Weg 92, 24105 Kiel
Tel.: (0431) 988-1738

Andrea Weigert, Akademie für die
Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Tel.: (04347) 704-801

Schweriner Erklärung: Kulturlandschaft in Gefahr!

4.5.2010: Anlässlich seiner Jahreshauptversammlung in Schwerin erklärte der Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU), der eine halbe Million Mitglieder repräsentiert:

Wir müssen erkennen, dass sich unsere Landschaft in Deutschland in einer besorgniserregenden Weise verändert.

Naturräume werden zurückgedrängt, Natur- und Kulturdenkmale immer weniger beachtet, ein Verlust von Heimat erfolgt. Neue Autobahnen und Brückenbauten, Windkraft- und Biogasanlagen, Großmärkte auf der „grünen“ Wiese sowie großflächige Gewerbe- und Baugebiete führen zu einem Landschaftsverbrauch von mehr als 100ha täglich. Diese Entwicklung gilt es nicht nur zu stoppen, sondern es muss ihr konzeptionell entgegengewirkt werden!

Wir anerkennen die Zielsetzung der Bundesregierung, die Flächeninanspruchnahme von derzeit rund 100 ha pro Tag bis zum Jahre 2020 auf 30 ha täglich zu senken. Dieses ambitionierte Ziel sollte in Abstimmung mit öffentlichen Trägern wie kompetenten Verbänden der Zivilgesellschaft nach einem festzulegenden Zeitplan erfolgen. Das gesetzliche Instrumentarium ist vorhanden, was vorliegt ist ein Umsetzungsproblem.

a) Revitalisierung der Zentren muss Vorrang haben

Da es sich beim Flächenmanagement um eine Querschnittsaufgabe handelt, sollte eine Kooperation der Verantwortlichen mit interessierten Bürgern und fachlich orientierten Verbänden erfolgen. Vorrangig ist der Schwerpunkt auf die Revitalisierung von Stadtzentren und Ortskernen zu legen, also auf die Schaffung lebendiger Innenstädte und die Stärkung ihrer historischen Kerne. Vorrang hat die Innenentwicklung.

b) Bürgerbeteiligung bereits beim Start

Manche Fehlentwicklungen in der Sicherstellung unserer Kultur- wie Naturlandschaft sind darauf zurückzuführen, dass Bürger und Verbände nicht frühzeitig genug an den Planungsprozessen beteiligt werden. Hier erwartet der BHU, dass seine Landesverbände wie auch der Bundesverband bereits in der Startphase eingebunden werden.

c) Schlusslicht Deutschland, nein!

Um dafür verbindliche und für Planungsträger orientierende Festlegungen vornehmen zu können hält der BHU an seiner Forderung fest, dass die Bundesrepublik noch in dieser Legislaturperiode die vom Europarat vor 10 Jahren beschlossene europäische Landschaftskonvention

unterzeichnet. Es widerspricht den öffentlichen Äußerungen der verschiedenen Bundesregierungen, dass Deutschland noch immer zu den drei letzten EU-Staaten gehört, die die Konvention nicht unterzeichnet haben. Deutschland, in vielen

Die Präsidentin
Dr. Herlind Gundelach, Senatorin

Bereichen der Kulturlandschaftspflege durchaus engagiert, sollte nicht das Schlusslicht in Fragen der Landschaftsbewahrung bilden.

Wir richten diesen Appell an Gemeinden, Städte und Kreise wie auch die Länder und den Bund.

Der 1. Vizepräsident
Wolfgang Börnsen (Bönstrup), MdB

Kontakt:

Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU), Bundesverband für Natur- und Denkmalschutz, Landschafts- und Brauchtumpflege e. V., Adenauerallee 68, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 22 40 91, Fax (02 28) 21 55 03, Internet: www.bhu.de, E-Mail: bhu@bhu.de

Bundeswettbewerb „Bioenergie-Dörfer 2010“ gestartet (6. 5. 2010)

Der Wettbewerb "Bioenergiedörfer 2010" richtet sich an kleine Gemeinden im ländlichen Raum in Deutschland, die maßgebliche Anteile ihres Strom- und Wärmebedarfs aus Biomasse decken.

Am 6. Mai 2010 ist der Startschuss für den Wettbewerb gefallen.

Prämiert werden drei besonders innovative Bioenergiedörfer, die die effiziente Nutzung von Bioenergie in hervorragender Weise mit regionaler Entwicklung verknüpfen, die Bevölkerung vor Ort in die Prozesse entscheidend einbinden und die Nutzung von Bioenergie aktiv in das Regionalmarketing integrieren. Damit sollen die Bioenergiedörfer 2010 Vorbildwirkung für die Entwicklung ländlicher Regionen und die regio-

nale Nutzung von Biomasse entfalten.

Die mit jeweils 10.000 Euro dotierten drei Preise „Bioenergiedorf 2010“ werden vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ausgeschrieben. Die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen stehen auf der Internetseite www.bioenergie-doefer.de zur Verfügung.



Bewerbungsschluss ist der 18. Juli 2010. Die Gewinner werden im Herbst dieses Jahres prämiert.



Projekt „Bücher ohne Grenzen / Bøger over grænsen B.O.G.e.V.“ erhält den Preis der ALR 2009

Die ALR verlieh bereits zum 7. Mal ihren Preis. Man kann also schon von Tradition sprechen. Die Auswahl der Preisträger zeigt das breite Spektrum unserer Arbeit. Wir wollen als unabhängige Instanz alle Problemfelder abdecken, die die ländlichen Räume und ihre Bewohner bewegen und auch besorgen. Genau das erwartet man von uns.

Dabei geht es um das Thema regionale Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Bildung vor allem im Schulbereich, Kultur und die aktuellsten zu nennen. Hier drohen die ländlichen Regionen, die man so gern strukturschwachen nennt, infolge des demografischen Wandels und der Finanznot vor allem der Gemeinden gegenüber den städtischen Ballungsräumen entscheidend in Rückstand zu geraten. Dieser Entwicklung muss energisch gegengesteuert werden, wollen wir nicht die Identität unseres Landes als ländlich – nicht landwirtschaftlich – geprägte Region gefährden.

Schon zum 3. Mal hat die ALR ein Kultur und Bildungsprojekt als Preisträger gewählt. Nach dem Kin-

derkulturdorf Bokel 1999, dem Kulturzentrum Charlottenhof in Klanxbüll ist es heute das Buchdorf Aventoft/Tondern.

Mich freut diese Entscheidung besonders, da ich bei dem 1. Besuch begeistert sah, was hier in diesem 400 Einwohnerort im äußersten Norden mit den dänischen Freunden durch Bürgerengagement erreicht wurde. Das Sahnehäubchen an diesem grenzüberschreitenden Projekt aber ist die Einbindung in das Europäische Netzwerk Buchdörfer, ich glaube, dass ist wahrhaft international Gratulation!

Dass wir erneut ein Kulturprojekt prämiert haben, ist kein Zufall. Ich bin überzeugt, dass Kultur und Bildung – beide Bereiche sind Teil eines Ganzen – die entscheidenden Zukunftsrahmen sind. Es ist ein gravierender Denkfehler, Wirtschaft gegen Kultur und Bildung auszuspielen. Nicht zufällig hat eine US-Ökonomin gesagt: „Kultur macht den entscheidenden Unterschied“. Weit-sichtig für einen Ökonomen. Der Leitsatz des Kieler OB: „Bildung vor Strassen“!

Schleswig-Holstein und insbesondere seine ländlichen Räume haben bei Kultur und Bildung besondere Stärken, auf die wir bauen können und die wir weiter entwickeln müssen. Als Kulturregion ist unser Land auf seine Art einzigartig. Seine Menschen sind aus einer Vielzahl von Gründen besonders aufgeschlossen, Bildungschancen zu nutzen. Diese Chancen müssen ihnen nur gegeben und erhalten werden.

So nutzen die Schleswig-Holsteiner von allen Flächenländern die öffentlichen Büchereien am häufigsten. Jugendliche auf dem Land lesen mehr als in der Stadt. Die Einstellung von Büchereibussen erscheint da kontraproduktiv. Nicht zufällig hat der Bundespräsident die desolante

Gesamtsituation der öffentlichen Bibliotheken vor allem auf dem Lande beklagt. Als Grund nannte er das in Deutschland fehlende Bewusstsein dafür, dass neben den Schulen auch in Medienzeitalter die Bibliotheken die entscheidenden Bildungsorte sind. Er fordert, das Thema endlich auf die politische Tagesordnung zu setzen. Da hat er Recht.

Um die vorhandenen Potentiale zu nutzen, sind vor allem die Bildungs- und Kulturträger aufgerufen, gemeinsame Konzepte zu entwickeln, um die Attraktivität der ländlichen Regionen zu erhöhen. Dabei hilft vielleicht der Hinweis, dass Kultur und Bildung ein immer wichtiger werdender Standfaktor ist.

Dem Engagement der Bürger und



Gut 60 Teilnehmer begleiteten die Preisverleihung, darunter auch die Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Dr. Juliane Rumpf und der dänische Generalkonsul Henrik Becker-Christensen (1. Reihe: 3. u. 4. v. links)

des Ehrenamtes kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Die Privatinitiative darf jedoch nicht allein gelassen werden. Die Erhaltung des Kulturerbes ist ebenso Staatsaufgabe wie die Schaffung umfassender Bildungschancen.

Die öffentliche Hand darf sich auch nicht mit der Ausrede bestehender Finanznot und dem Hinweis auf die Freiwilligkeit der Unterstützung gerade aus dem Thema Kultur und Bildung zurückziehen, wie das nur zu gern auch in den aktuellen Sparrunden geschieht. Denn gerade hier kann auf dem Lande mit vergleichsweise geringen Mitteln wesentliches zur Motivation der Bürger bewirkt werden.

Das Land sollte außerdem seine Förderung nicht auf die städtischen Ballungsräume konzentrieren, weil das angeblich ökonomischer ist. Der Verfassungsgrundsatz der Gewährung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land verlangt auch – und da wiederhole ich mich gern – den Menschen in den ländlichen Räumen den Zugang zu Kultur und Bildung angemessen zu erhalten. Eine Kultur- und Bildungswüste könnte andernfalls die Folge sein, die die Verödung der gesamten Region einleitete.

Rüdiger v. Plüskow, Vorsitzender der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Kommune trifft Kirche in gemeinsamer Verantwortung für unsere Bestattungskultur

Mit diesem nicht ganz alltäglichen Thema beschäftigte sich die Akademie in einer Kooperationsveranstaltung mit den Kirchenkreisen Lübeck-Lauenburg und Nordfriesland. Herr Müller erläuterte die Verbindung zwischen der Nordelbischen Kirche und der Akademie, die zu der Veranstaltungskooperation unter dem Motto „Kommune trifft Kirche“ geführt hat. Als Interessenvertretung kümmere sich die ALR um alle Facetten der ländlichen Räume, denn es gehe um die Lebensqualität

und Lebensfähigkeit der Dörfer in ihrer Ganzheitlichkeit. Infrastruktur bedeute eben nicht nur Verkehrswege, Ver- und Entsorgungsleitungen, sondern unter anderem auch Bildung und Kultur. Die Kirche verstehe er dabei als einen ganz besonderen, starken Kulturträger. Kirche und Kommune seien die klassischen Friedhofsträger. Durch die Diversifizierung und Individualisierung auch im Bestattungswesen entstehe an vielen Stellen ein Zuschussbedarf. Daher müsse über gemeinsame Lö-

sungswege nachgedacht werden. Unsere Gesellschaft sei geprägt durch christlichen Glauben und Kultur, dafür müsse man auch einstehen. Pröpstin Frauke Eiben griff in ihrer Begrüßung noch einen anderen Aspekt auf: Lachen auf dem Friedhof? Frau Eiben erzählte vom 4-jährigen Sohn, der mit seinem Vater auf dem Lübecker Friedhof Grabpflege betreibt. Eine Trauerfeier war gerade beendet, die feierlich angezogenen Sargträger kommen von einer Erdbestattung entlang des Weges: schwarze Talare, schwarze Dreispitze und insgesamt sehr feierlich: „Achtung Papa: Piraten“ und er suchte hinter seinem Vater Schutz. Lachen ist also erlaubt! Friedhöfe sind Stätten der Trauer und Erinnerung und der Seelsorge.

Einen kulturhistorischen Abriss über den Wandel der Bestattungskultur lieferte Herr Prof. Fischer mit eindrucklichen Beispielen in einem hervorragenden Vortrag. Gothard Magaard, bischöflicher Bevollmächtigter, zweigte theologische Aspekte zum Thema Bestattungswandel auf und Frau Wenck-Bauer, Leiterin der Friedhofsverwaltung in Mölln führte die Teilnehmer/innen über den sehenswerten, parkartig angelegten Alten Friedhof in Mölln und zu verschiedenen Angeboten, die der Friedhof für Erdbestattungen und zum Gedenken bereithält. Die Wirtschaftlichkeit des Friedhofsbetriebs war das Thema von Thomas Rasmussen, Geschäftsführer der

Flensburger Friedhöfe, der für den Städtebund Schleswig-Holstein sprach. Angesichts des enormen finanziellen Handlungsdrucks bei vielen kommunalen Friedhöfen machte konkrete Vorschläge für kurz- und langfristige Maßnahmen, mit denen er selbst den Betrieb der Flensburger Friedhöfe konsolidieren konnte.

Propst Dr. Kay-Ulrich Bronk stellte in seinem Schlusswort fest, dass das Thema höchst lebensnahen sei und mit der Urfrage über die Konfessionen hinweg zu tun habe: „Wo bleibe ich?“.

Dem werde man gerecht, wenn Bestattungen im Wesentlichen drei Dinge erfüllen:

1. Wir sorgen dafür, dass der Abschied gelingt,
2. der Ausblick auf meine eigene Trauerfeier ist tröstlich,
3. Friedhöfe erzählen davon, dass es ein Leben gibt, über das sich kein Grabdeckel je schließt.

Die Dokumentation der Tagung mit allen Präsentationen und Vorträgen wird vorbereitet und steht demnächst auf unserer Website zum Herunterladen zur Verfügung.

Auszug aus der Zusammenfassung der Tagung von Britta Mirbach, Pressesprecherin des Ev.-Luth. Kirchenkreises Lübeck-Lauenburg

„Wege mit Aussichten müssen weiter beschritten werden“ –

die Akademie startet ein Folgeprojekt zur praxisorientierten Erprobung der Ergebnisse aus der Studie „Wege mit Aussichten“

Durch die öffentlichkeitswirksame Vorstellung der Ergebnisse der Studie „Wege mit Aussichten“ am 30.10.2008 in Rendsburg hat die Akademie einen bis heute andauernden landesweiten Prozess zum Thema Ländlicher Wegebau ausgelöst. Der Handlungsleitfaden für Kommunen, Teil C der Studie, war innerhalb weniger Monate vergriffen. Viele Anrufe zum Thema liefen seit dem in der Geschäftsstelle in Flintbek auf – vor allem positive Rückmeldungen zur Studie und Fragen zur weiteren Umsetzung in der Fläche.

Im April 2009 folgten 3 Regionalveranstaltungen zu den neuen Förderbedingungen der ländlichen Verkehrsinfrastruktur. In diesen Veranstaltungen kündigte die Akademie auch Ihre Absicht an, das Projekt „Wege mit Aussichten“ fortzuführen. Die Ergebnisse der Studie sollen anhand von kleinen Modellregionen (2 – 4 Gemeinden) praxisorientiert erprobt und die gesammelten Erfahrungen zur Fortschreibung der Studie genutzt werden. Interessierte Gemeinden wurden aufgerufen, sich bei der Geschäftsstelle zu melden.

Parallel wurden Gespräche zur Fort-

führung der Studie mit den beteiligten Trägern – Gemeindetag und Bauernverband – und dem zuständigen Fachreferat im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume betreffs der Finanzierungsmöglichkeiten einer solchen praxisorientierten Fortführung geführt. Auf beiden Ebenen musste die Akademie einige Hürden überwinden, doch die Beharrlichkeit, das einmal erfolgreiche begonnene Thema mit dem viel versprechenden Titel „Wege mit Aussichten“ fortzuführen, wurde belohnt.

Mitte April diesen Jahres bewilligte das MLUR unserer Akademie ein solches Folgeprojekt. Mit einem Förderbetrag von knapp 34.000 € erhielt die ALR die notwendige finanzielle Sicherheit, um das Projekt mit einem Gesamtvolumen von knapp 55.000 € zu starten. Inzwischen wurden die externen Leistungen ausgeschrieben und vergeben. Am 30.06.2010 fand das erste Arbeitsgespräch der Modellregionen-Betreuer in Flintbek statt.

Folgende vier Regionen werden im Sinne der Studie in den nächsten Monaten die Umsetzung der Studienergebnisse in die Praxis erproben:

- Amt Oldenburg-Land mit allen amtsangehörigen Gemeinden (Kreis Ostholstein)
- Gemeinde Süsel mit den Nachbargemeinden Sierksdorf, Kasendorf und Bosau (Kreis Ostholstein)
- Gemeinde Welt mit den Nachbargemeinden Kirchspiel Garding und Tating (Kreis Nordfriesland)
- Gemeinde Gribbohm mit den Nachbargemeinden Holsteniendorf und Wacken (Kreis Steinburg)

Die praxisorientierte Umsetzung hat folgende Schwerpunkte:

1. Erproben des Handlungsleitfadens auf gemeindlicher Ebene
2. Sammeln von Erfahrungen mit der Entwicklung des ländlichen Kernwegenetzes
3. Ermitteln des notwendigen Umfangs der fachlichen Betreuung
4. Einschätzen der Aussagekraft der durch „Laien“ erhobenen Wegedaten für den weiteren Wegeentwicklungsprozess
5. Erkennen von Problemen und mögliche Fehlentwicklungen

6. Umsetzung der praktischen Erkenntnissen in zukünftige Empfehlungen für Gemeinden und Politik

Als Projektlaufzeit wurde nach Erörterung mit den Betreuern und den regionalen Ansprechpartnern der Zeitraum Juni 2010 bis April 2011 festgelegt.

Neben der Arbeit in den Regionen, die nun beginnt, gehören zu dem Projekt auch zwei Arbeitstreffen der landesweiten Arbeitsgruppe „Wege mit Aussichten“, ein öffentlicher Workshop zum Thema Ländlicher Wegebau (voraussichtlich im Nov. / Dez. 2010), ein Arbeitstreffen aller Wegeunterhaltungsverbände im Lande und am Ende des Projektes die Fortschreibung des Handlungsleitfadens für Kommunen (Teil C der Studie) unter Berücksichtigung der gewonnenen – hoffentlich zahlreichen – Erkenntnisse.

Für Rückfragen oder Anregungen wenden Sie sich an den Projektleiter und Referent der Akademie für die Ländlichen Räume:

Torsten Sommer

Tel.: 04347/704-803

E-Mail: torsten.sommer@alr-sh.de



Strategie Europa 2020

Intelligent, nachhaltig und integrativ: Europa erneuert sich

Mit klarem Kurs aus der Krise ins nächste Jahrzehnt: Die EU-Kommission hat Anfang März mit Europa 2020 eine Strategie vorgestellt, die beschreibt, „was wir heute und morgen tun müssen, um die Wirtschaft auf den richtigen Weg zu bringen.“

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zufolge wird sie Europa helfen, eine neue Wachstumsphase zu erreichen.

Drei Schlüsselemente stehen im Zentrum der Strategie Europa 2020:

1. Wissen, Bildung, Innovation sowie die Förderung von Information und Kommunikation (intelligentes Wachstum);
2. Ressourcenschonende, energieeffiziente Produktion (nachhaltiges Wachstum);
3. Stärkere Konzentration auf Ausbildung, Qualifizierung der Arbeitskräfte und Armutsbekämpfung (integratives Wachstum).

Diese Offensive für Wachstum und

Arbeitsplätze müsse von der höchsten politischen Ebene getragen werden. Maßnahmen auf EU-Ebene und Initiativen der Mitgliedstaaten sollten sich ergänzen.

Lehren aus der Krise

„Die Krise hat grundlegende Probleme und schädliche Tendenzen offenlegt, die wir nicht länger ignorieren können“, sagte Barroso. „Europa hat ein Wachstumsdefizit, das unsere Zukunft gefährdet. Wir müssen entschlossen unsere Schwächen angehen und Nutzen aus unseren vielen Stärken ziehen. Gewinnen können wir dabei nur, wenn sich alle Akteure in Europa einbringen.“ Eine der Lehren aus der weltweiten Wirtschaftskrise bestehe darin, dass künftig kein Mitgliedstaat mehr globale Herausforderungen im Alleingang lösen könne. „Wir sind stärker, wenn wir gemeinsam handeln.“

Die Überwindung der Krise werde von einer intensiven wirtschaftspolitischen Abstimmung

abhängen, sonst drohe Europa ein „verlorenes Jahrzehnt“. Die Strategie Europa 2020 ist eine Vision für die europäische soziale Marktwirtschaft im nächsten Jahrzehnt. Fortschritte beim Erreichen der gesteckten Ziele sind an fünf Kennziffern abzulesen, die von den Mitgliedstaaten in nationale Ziele umgesetzt werden:

- 75 Prozent der Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren sollten eine Arbeit haben (bisher 66 Prozent).
- Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU sollen in Forschung und Entwicklung investiert werden (bisher rund zwei Prozent).
- Die „20/20/20“-Klima- und Energieziele müssen verwirklicht werden.
- Der Anteil der Schulabbrecher muss auf unter zehn Prozent (bisher 15 Prozent) zurückgehen. 40 Prozent der jungen Menschen sollen eine Hochschulausbildung absolvieren (die Zahl liegt derzeit bei 31 Prozent).
- Die Zahl der von Armut bedrohten Menschen soll um 20 Millionen sinken.

Die EU-Kommission fordert dazu auf, in allen Mitgliedstaaten Anstrengungen zu unternehmen, um diese Ziele zu erreichen. Auch lokale und regionale Behörden seien hier gefordert.

Digitale Gesellschaft

Die Neuausrichtung der Forschungs- und Innovationspolitik bedeutet zum Beispiel, dass neue Produkte aus den Entwicklungslabors der Wissenschaftler schneller den europäischen Markt erreichen. Ein EU-weites Gemeinschaftspatent statt der bisherigen nationalen Patente würde jedes Jahr Einsparungen in Höhe von 289 Millionen Euro für Unternehmen bedeuten.

Die Hochschulen sollten die Mobilität von Studenten und jungen Fachkräften stärker fördern. In den Mitgliedstaaten ausgeschriebene Stellen wären in ganz Europa besser zugänglich, wenn berufliche Qualifikationen und Erfahrung über alle Grenzen hinweg in angemessener Weise anerkannt würden.

Das Hochgeschwindigkeitsinternet sollte spätestens 2013 allen Europäern zugänglich sein. Ein „digitaler Binnenmarkt“ bringt wirtschaftliche und soziale Vorteile für alle. Wenn Europa seine Ziele für 2020 im Hinblick auf Energieproduktion, -effizienz und -verbrauch einhält, könnten bei Öl- und Gasimporten 60 Milliarden Euro eingespart werden.

Umweltfreundliches Wachstum kann die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industriestruktur nach der Krise sichern. So könnten Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen. Eine weitere Voraussetzung für die Modernisierung der Arbeits-

märkte sind der Erwerb neuer Kompetenzen. Auch eine europäische Plattform gegen Armut gehört zur Strategie Europa 2020. Dabei geht es um die Unterstützung armer und sozial ausgegrenzter Menschen.

Barroso betonte, dass die „ehrgeizigen, aber realistischen Ziele“ von Europa 2020 Führungskraft und Verantwortung verlangen. „Die Kommission macht Vorschläge, die Mitgliedstaaten müssen sie diskutieren und umsetzen.“ Die Staats- und Regie-

rungschefs beraten über die Strategie beim nächsten EU-Gipfel am 25. und 26. März. Auch das Europäische Parlament wird stärker einbezogen. Die Kommission wird Umsetzung und Fortschritte überwachen. (vth)

aus: EU-Nachrichten, Nr. 8, vom 4.3.2010

Das komplette Dokument finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>

2010: Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Im diesjährigen Europäischen Jahr wird das Bewusstsein für die vielen Arten von Armut und Ausgrenzung geweckt, unter denen europäische Bürger zu leiden haben. Der Kampf dagegen ist eines der Hauptziele der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Trotz vieler Bemühungen lebt ein großer Teil der europäischen Bevölkerung nach wie vor in Armut und hat keinen Zugang zu grundlegenden Leistungen wie etwa medizinischer Versorgung. Dieser Zustand steht im Konflikt mit den gemeinsamen Werten der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit, die sich die Europäische Union auf die Fahnen geschrieben hat.

Unsere sozialen Sicherungssysteme gehören zu den fortschrittlichsten der Welt und dennoch leben heute immer noch zu viele Menschen in

der EU in Armut. Einige Zahlen sprechen für sich: Nahezu 80 Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze (die in Deutschland bei 60% des Durchschnittseinkommens des Landes liegt). Das entspricht 17% der EU-Bevölkerung. Für 8 % der Europäer reicht eine berufliche Anstellung nicht aus, um sich aus der Armut zu befreien. Darüber hinaus sind es in den meisten Mitgliedstaaten die Kinder, die noch stärker unter diesem Misstand zu leiden haben, als die restliche Bevölkerung: 19 Millionen Kinder sind davon betroffen.

Ein Jahrzehnt nachdem sich die Staats- und Regierungschefs der EU dazu verpflichteten, „die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen“, soll die Öffentlichkeit im Europäischen Jahr 2010 für die vielen

Formen von Armut und sozialer Ausgrenzung sensibilisiert werden und zu einem gemeinsamen Handeln ermuntert werden. Ein weiteres Ziel ist es, darauf aufmerksam zu machen, wie wirksamere Lösungen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der EU gefunden werden können, wenn wir uns alle gemeinsam dafür einsetzen, die Situation spürbar zu verändern und diesem Kampf neuen Auftrieb verleihen. Seit 1983 wurde in Europa jedes Jahr eine neue Bewusstseinskampagne in Form eines „Europäischen Jahres“ auf den Weg gebracht, mit

dem Ziel, die Bürger zu informieren und den Dialog hinsichtlich einer Veränderung von Sichtweisen und Verhaltensweisen zu suchen. Die Organisation des Europäischen Jahres findet vor Ort statt. Alle 27 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und Island haben sich der Initiative angeschlossen und führen eigene Veranstaltungen durch. Über eine wird im Folgenden berichtet.

aus: Sozial Agenda, Nummer 23, April 2010 / Magazin der Europäischen Kommission für Beschäftigung und Soziales,

<http://ec.wuropa.eu/social/contact>

Rock for your Children: die Charity-Song-Initiative

Aktuell lebt hierzulande fast jedes sechste Kind in relativer Armut, so die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2009. Das Projekt „Rock gegen Kinderarmut“ verleiht betroffenen Kindern mit dem Song „Rock for your Children“ eine Stimme - und erhält dafür Unterstützung renommierter Stars und der Politik.

Conny Conrad, ein Musiker und Komponist aus der Nähe von Stuttgart, konnte als Botschafter gegen Kinderarmut für seinen Charity-Song den EU-Parlamentarier Michael Theurer gewinnen, der (zusammen mit weiteren regionalen Vertretern) die Schirmherrschaft übernom-

men hat. „Ich finde es ein wirklich bemerkenswertes und unterstützungswürdiges Projekt, wenn Musiker und Komponisten sich für die Verbesserung von Chancen für Kinder einsetzen“, so Theurer. Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, würdigt das Engagement mit einem Grußwort im CD-Booklet: „Ich [...] hoffe, dass Ihre Aktion einen Beitrag dazu leistet, dass alle Kinder in der Bundesrepublik Deutschland chancengleich auf eine behütete und gesicherte Kindheit zurückschauen können.“

Weltbekannte Musiker hat Conrad für den Charity-Song „Rock for your

Children“ ins Boot holen können: Sandra („Maria Magdalena“), Stefan Zauner von der „Münchener Freiheit“, Mick Rogers von „Manfred Mann’s Earthband“, Dave Cousins von „The Strawbs“, Joe Lynn Turner (Ex-„Rainbow“), David Readmann von „Pink Cream 69“, Yvonne Durrand von „Zed Yago“ sowie die Newcomer Yeomen, Helena Mace und Tshasi. Der so noch nie dagewesene „All-Stars-Chor“ wird ergänzt durch erstklassige Instrumentalprofis wie Ove Bosch am Bass, Richy Denis am Schlagzeug und Jo Baumann im Studio.

Ob im eigenen Dorf, in der Gemein-

de, dem Kreis, im Land, in Europa- oder gar weltweit: Conny Conrad möchte, dass sein Song als eine Art Erkennungsmelodie überall für die Bekämpfung der Kinderarmut eingesetzt wird. Die Erlöse aus der CD sollen Kinderprojekten zufließen. Und was global gedacht ist, hilft laut Conny Conrad vor allem auch regional: „Da wo das Geld gesammelt wird, da geht es auch wieder hin.“

Quelle: Europe Direct-Informationsnetzwerk sowie tagblatt.de, bearbeitet von Andrea Weigert, Leiterin der europe direct-Informationsstelle in Flintbek



Künftiger EU-Haushalt und Vertrag von Lissabon – wie stehen die Aussichten für die ländliche Räume in Schleswig-Holstein

Als Beitrag zur diesjährigen Europa-woche veranstaltete das Europe Direct bei der Akademie für die Ländlichen Räume einen Europaabend mit Minister a.D. Uwe Döring zum Thema „Die Debatte um den künftigen EU-Haushalt und der Vertrag von Lissabon“.

Für eine positive Einstimmung sorgten die „Hitchhikers of Jazz (Dr. Roland Otto, Prof. em. Wolfgang Bies-

terfeld und M.A. Willem Strank). Sie spielten mit einer flotten Version der Europahymne auf und sorgten für die ebenfalls beschwingte Unterhaltung zum Ausklang des Europaabends bei einem „europäischen“ Imbiss und Gesprächen.

Der Vorsitzende der Akademie für die Ländlichen Räume, Rüdiger v. Plüskow, dankte Herrn Döring für seine Bereitschaft, sich dem Thema

der aussichten für die ländliche Räume ab dem Jahr 2014 zu nähern. Auch wenn eine Voraussage noch etwas von Kaffeesatzlesen an sich habe, so seien doch die Beratungen über den künftigen EU-Haushalt in der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament in vollstem Gange, begann Herr Döring. Der Vertrag von Lissabon gebe dabei erstmals auch allen Bürgerinnen und Bürgern der EU die Möglichkeit, sich direkt an den Debatten zu beteiligen. Er machte auf die Mitte April bis Mitte Juni stattfindende öffentliche Debatte im Internet aufmerksam (siehe unten). Vom derzeitigen Kenntnisstand aus seien folgende Vorzeichen für die künftige Agrarpolitik und den europäischen Fond für die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung (in Schleswig-Holstein: Zukunftsprogramm ländlicher Raum) auszumachen:

- Dem Agrarhaushalt wird keine Priorität mehr eingeräumt, andere Politikbereiche werden stärker im Vordergrund gesehen und generell wird auf einen „Europäischen Mehrwert“ abgehoben.
- Es wird eine gerechtere Verteilung zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten gefordert. Zwar werden die 2 Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik (volle Finanzierung durch die EU, z.B. von Direktzahlungen an die Landwirte in der 1. Säule / Teilfinanzierung

bei Projekten in der 2. Säule, z.B. „Verbesserung der Lebensqualität“ und LEADER/AktivRegionen) wohl erhalten bleiben, wahrscheinlich aber mit weniger Mitteln ausgestattet werden.

- Für die 2. Säule wird mehr Wirtschaftlichkeit und Effizienz und eine enge Verzahnung mit der Regional- und Strukturpolitik gefordert.
- Angesichts der Einsparungen auch im Bundeshaushalt und im Haushalt des Landes Schleswig-Holstein steht zu befürchten, dass die Kofinanzierung immer weniger leistbar sein wird.

In der Diskussion mit den Teilnehmern teilten sich Herr Döring und Herr v. Plüskow die Beantwortung der Beiträge. Aufgrund der Problematik mit der Konfinanzierung wurde gefordert, entsprechend dem Fond für die regionale Entwicklung (EFRE bzw. „Zukunftsprogramm Wirtschaft“) auch privates Geld zuzulassen, was heute (noch) nicht möglich ist.

Bedenklich sei, so der Minister a.D., dass den ländlichen Räumen bei der Strategie „Europa 2020“ für die Ziele Wachstum und Beschäftigung keine Bedeutung zugemessen wird. Von einer Verlagerung der Förderung der ländlichen Räume in den Regionalfond rät er aber ab, denn es stehe zu befürchten, dass dies nur zu einer zu-

sätzlichen Förderung der Metropolregionen führe. Die ländlichen Räume sollten sich jedoch gemeinsam stärker positionieren, ihre Funktion klarstellen, die Herausforderungen des demographischen Wandels annehmen und ihre eigenständige

Funktionsfähigkeit als gesellschaftliche Aufgabe deutlich machen.

Andrea Weigert, Leiterin der europe direct-Informationsstelle in Flintbek

Welche Landwirtschaft braucht das Europa von morgen?

Dacian Cioloș, für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, stieß vom 12. April – 11. Juni 2010 eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der Europäischen Union an. Seit ihrer Einführung wurde die GAP immer wieder an die Herausforderungen ihrer Zeit angepasst. In den letzten Jahren, insbesondere 2003 und mit dem GAP-Gesundheitscheck von 2008, wurden wichtige Reformen durchgeführt, um den Agrarsektor zu modernisieren und stärker am Markt auszurichten. Die Strategie „Europa 2020“ eröffnet nunmehr eine neue Perspektive. In diesem Zusammenhang kann die GAP einen noch größeren Beitrag zur Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums leisten, indem sie Antworten auf die vor uns stehenden neuen Herausforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft wie auch in Bezug auf Umwelt, Klima und Technologie liefert. Außerdem

muss die GAP der Vielfalt und dem Reichtum der Landwirtschaft in den 27 EU-Mitgliedstaaten Rechnung tragen. Die angestoßene Debatte war den künftigen Zielen der GAP angesichts der neuen Perspektive der Strategie „Europa 2020“ gewidmet. Die Diskussion über die Instrumente zur Zielerreichung wird dann später folgen.

Die Europäische Kommission wird Ende des Jahres eine Mitteilung über die Zukunft der GAP nach 2013 vorlegen. Bevor jedoch die ersten politischen Leitlinien für diesen strategischen Sektor festgelegt werden, will Kommissar Cioloș eine öffentliche Diskussion über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik, ihre Ziele, ihre Grundsätze und ihren Beitrag zur Strategie „Europa 2020“ anstoßen, deren Ergebnisse in die Vorarbeiten zum Entscheidungsprozess einfließen sollen.

Eine unabhängige Einrichtung wird die per Internet abgegebenen Beiträge zusammenfassen. Im Juli 2010

veranstaltet die Europäische Kommission eine Konferenz, um die öffentliche Diskussion auszuwerten. Sie hofft, mit dieser Auswertung gute Ideen für ihre Mitteilung zur GAP nach 2013 zu finden, die Ende 2010 vorliegen soll.

Neben der Erörterung, welchen Beitrag die GAP zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ liefern kann, gliederte sich die öffentliche Diskussion um folgende vier Hauptthemen:

- Wozu brauchen wir eine Gemeinsame Agrarpolitik der EU?
- Welche Ziele weist die Gesell-

schaft der Landwirtschaft in ihrer Vielfalt zu?

- Weshalb soll die GAP reformiert werden, und wie lässt sie sich an den Erwartungen der Gesellschaft ausrichten?
- Welche Instrumente benötigt die GAP von morgen?

Die eingegangenen Beiträge sind auf der unten angegebenen Website einsehbar.

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/debate/index_de.htm

IP/10/419, Brüssel, den 12. April 2010

Die Debatte um die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Schleswig-Holstein – die ALR bringt sich ein

Die Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Rumpf, hat im Vorwege der Konferenz der Bundesagrarminister im Plöner Schloss ein Positionspapier für die im Bund vorgelegt und mit dem Begleitausschuss für das schleswig-holsteinische Zukunftsprogramm Ländlicher Raum diskutiert. Die Akademie für die Ländlichen Räume hat die Funktion der Sprecherin für die Partnergruppe „übergeordnete Politikbereiche“ (P5) in diesem Begleitausschuss inne. Mit der Partnergruppe wurde eine Stellungnahme zu den Vorschlä-

gen von Frau Dr. Rumpf abgegeben.

Gemeinsam mit den Mitgliedern der Partnergruppe spricht sich die ALR dafür aus, die gemeinsame Europäische Politik für die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung über das Jahr 2013 hinaus fortzusetzen.

Warum?

- Wir wollen, dass Leistungen, die die Landwirtschaft und das ehrenamtliche Engagement der Bürger im ländlichen Raum für eine nachhaltige ländliche Umwelt, Kulturlandschaft und das Gemeinwohl

erbringt und die der Markt nicht bereitstellt, honoriert werden.

- Wir glauben, nur so wird die europäische Landwirtschaft weiterhin die Produktion von Nahrungsmitteln sicherstellen und zur Erhaltung vielfältiger Naturressourcen sowie zum Klimaschutz beitragen.
- Nach unserer Auffassung wird ein Europäischer Mehrwert nur erreicht, wenn es gelingt, den ökonomischen und sozialen Zusammenhalt innerhalb existenzfähiger ländlicher Räume zu festigen.
- Daher spricht sich die P5 für eine möglichst breite, flexible 3. Achse in der 2. Säule der GAP aus.
- Die P5 hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass Agrar-/Umwelt-Maßnahmen ausschließlich in die 2. Säule gehören.

Bezogen auf die Achse 3 der 2. Säule „Diversifizierung und Lebensqualität“ sowie LEADER führte die Partnergruppe weiter aus:

„Im Health Check des laufenden Programms wurden Anpassungen an ‚neue Herausforderungen‘ vorgenommen. Durch eine erneute Anpassung nach 2013 dürfen langfristig bestehende Herausforderungen, wie z.B. die demographische Entwicklung nicht in den Hintergrund treten. Nach unserer Auffassung müssen die ländlichen Räume als Quer-

schnittsaufgabe in der 2. Säule gestärkt werden, damit neben den Herausforderungen bei der Infrastruktur, insbesondere Breitbandversorgung, der Förderung von Begegnungs- und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort sowie mehr Innovationen und Flexibilität auch bei wichtigen Standortfaktoren wie z.B. „Gesundheitsversorgung“ aufgegriffen werden können. Diversität und Lebensqualität umfassen dabei auch die Weiterentwicklung einer im europäischen Kontext stehenden, aber regional verwurzelten Kultur, auf deren Grundlage Antworten auf zukünftige Herausforderungen gefunden werden können. Deswegen brauchen wir die Stärkung der kulturellen Infrastruktur im ländlichen Raum. Des Weiteren ist es wichtig, den Bereich ‚Bildung‘ in den Fokus zu nehmen. Wir denken, dass wir den Aufbau kommunaler Bildungslandschaften unterstützen müssen, um Übergänge zu erleichtern und angesichts zurück gehender finanzieller und personeller Ressourcen Synergien zu nutzen.

Die nachhaltige ländliche Entwicklung muss einen eigenständigen Förderfond behalten und darf nicht auf eine Ergänzung zu den anderen beiden Strukturfonds ESF und EFRE reduziert werden.

Die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung setzt vor allem in der 2. Säule auf

Kofinanzierung. Da Fördermittel in der Regel ein Vielfaches an Investitionen auslösen, fordern wir das Land Schleswig-Holstein dringend auf, die Mittel zur Kofinanzierung sicherzustellen. Zur Verfügung stehende EU-Mittel dürfen nicht unverausgabt zurückgegeben werden. [...]

Nach Auffassung der P5 ist die konsequente Weiterentwicklung des bottom-up- bzw. LEADER-Ansatzes mit der Bildung von LAG Aktiv-Regionen in Schleswig-Holstein beispielgebend für Demokratie und Subsidiarität innerhalb der EU. Wir fordern daher, dass die Förderung mit möglichst erhöhter Mittelausstattung fortgesetzt werden kann. [...]“

Frau Dr. Rumpf hat diese Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wartet nun die angekündigte dezidierte Mitteilung von Kommissar Ciolos für die neue GAP ab, um danach, so erwarten wir, den Diskussionsprozess in Schleswig-Holstein mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern des Programms fortzusetzen.

*Andrea Weigert, Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.
unter Verwendung der gemeinsamen Stellungnahme der Partnergruppe 5 des ZPLR*

einfach – einmalig – ea-sh

Der Einheitliche Ansprechpartner (kurz EA) ist Bestandteil der EG-Dienstleistungsrichtlinie und hat das Ziel die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungen künftig zu erleichtern. Seit dem 28.12.2009 bildet die Einrichtung als Kontaktstelle das Bindeglied zwischen Dienstleistern und Behörden (englische Bezeichnung: „Single Point of Contact“).

Zentrale Aufgabe ist die Bereitstellung von Informationen, welche Anforderungen für die rechtmäßige Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit bestehen.

Zusätzlich fungiert die Einrichtung EA auf Wunsch auch als Verfahrensmittler, über den der Antragsprozess des Dienstleisters (Erklärungen, Anmeldungen, Eintragungen oder die Beantragung von Genehmigungen und so weiter) weitestgehend koordiniert und abgewickelt werden kann. Alle Leistungen werden bis auf Weiteres kostenfrei angeboten.

Im Bereich Dienstleistungen stehen Ihnen alle nötigen Informationen über Verfahren und Formalitäten, die für die Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit erforderlich sind, zur Verfügung. Es sind die Wege beschrieben, wie Sie Kon-

takt mit dem EA aufnehmen können beziehungsweise welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, ihn als Verfahrensmittler einzusetzen.

Über das Internetportal des Einheitlichen Ansprechpartners können Sie jederzeit diverse unternehmerische Anliegen, für die Sie bisher verschiedene Behörden aufsuchen mussten, bequem und zügig von zu Hause aus abwickeln.

Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 64, 24105 Kiel

Telefon: +49 (0)431 988-8650, Telefax: +49 (0)431 988-616 1111

info@ea-sh.de | www.ea-sh.de

Sprechzeiten: Mo – Fr: 09.00 – 12.00 Uhr, Mo – Do: 14.00 – 16.00 Uhr

Für die Antragstellung werden neue elektronische Verfahren angeboten, die eine sichere Datenübermittlung garantieren. Sämtliche Informationen zu den erforderlichen Verwaltungsleistungen und den dafür einzureichenden Formularen und Dokumenten erhalten Sie beim EA, der auch den nötigen Schriftverkehr zwischen Ihnen und den zuständigen Behörden für Sie übernimmt.

Sozialleistungen auch im Europäischen Ausland

Ab dem ersten Mai können sich die Bürger in Europa noch freier bewegen. Die dann geltenden neuen Regeln garantieren allen Bürgern, insbesondere Arbeitnehmern, Jobsuchenden und Jugendlichen Sozialleistungen auch im europäischen Ausland. Im Bereich Krankenversicherung, Pensionsansprüche, Arbeitslosigkeit und Familienleistungen können diese Ansprüche bei Umzug in europäische Nachbarländer geltend gemacht werden. Die neuen Regeln zur Koordinierung der Sozialsysteme sind ein wichtiger Schritt in Richtung bürgerfreundliches Europa. Durch das neue Gesetz werden die Mobilität innerhalb der EU vereinfacht, die sozialen Sicherungs-

system geschützt und die Ziele der EU Strategie 2020 schneller verwirklicht. Bislang gab es noch kein Gesetz für den freien Personenverkehr. Darüber hinaus wird das Gesetz die künftige Koordinierung dieser Bereiche entscheiden verändern.

Weitere Informationen auf Englisch dazu erhalten Sie hier:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/10/0430&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=26&langId=de>

Die Zukunft der Energieversorgung:

Windkraft aus der Nordsee, Wüstenstrom aus Afrika, Offshore-Windkraft aus dem Norden, Wüstenstrom aus dem Süden, Erdgas über Nord Stream und NABUCCO aus dem Osten – EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat in Berlin aufgezeigt, wie die Zukunft der Energieversorgung für die EU aussehen könnte.

Investitionen bis zu einer Höhe von 300 Milliarden Euro seien in den kommenden Jahrzehnten notwendig, um die Energieversorgungsnetze in der EU auf den künftigen Energiebedarf auszurichten, betonte Oettinger bei der Vorstellung seiner Agenda im Europäischen Haus in Berlin. „In diesen Jahren stellen wir die Weichen für die Energieversorgung im Jahr 2050. Das Zeitfenster ist eng. Jetzt entscheidet sich, ob das Gas aus Zentralasien nach Europa oder nach China fließen wird.“ Oettinger sieht in dem Ausbau der europäischen Netze die Lösung für viele Fragen und Probleme. Die Verlegung der Gasleitungen Nord Stream und NABUCCO sei ebenso wichtig wie der Bau von Stromtrassen von Nord nach Süd, um Windkraft aus der Nordsee und Solarstrom aus dem afrikanischen Desertec-Projekt auf den europäischen

Kontinent zu bringen. Außerdem könne ein europaweites Energienetz helfen, das Problem der Energiespeicherung zu entschärfen, da sich Energie entsprechend des Spitzenverbrauchs in den verschiedenen Zeitzonen besser verteilen ließe.

Binnenmarkt für Energie

Noch herrsche in der Energieversorgung kein echter Binnenmarkt, so Oettinger. „Es mangelt an der nötigen Netz-Infrastruktur.“ Doch die Energieversorger agieren zunehmend europaweit. Und der Vertrag von Lissabon enthält erstmals ein Energiekapitel, in dem die Ziele und Instrumente der europäischen Energiepolitik definiert sind.

Natürlich, so hob der Kommissar hervor, seien die Zuständigkeiten der EU beim Thema Energie beschränkt. So bleibe die Wahl des Energiemixes Sache der Mitgliedstaaten. „Die Entscheidung für oder gegen Kernkraft ist und bleibt eine nationale Angelegenheit.“ Es müssten jedoch europaweit gleiche Sicherheitsstandards für den Umgang mit atomarem Abfall gelten. Dazu wird Oettinger im Herbst einen Richtlinienvorschlag vorlegen. Oettinger will außerdem in Zukunft die bestehenden Gebäude stärker bei den Energiesparvorschriften einbeziehen. „Hier tun wir noch zu wenig.“ Bis-

lang hätten die Neubauten im Vordergrund gestanden. Vorstellbar seien etwa neue Standards und Möglichkeiten der Ko-Finanzierung der

notwendigen Investitionen durch EU-Gelder. (hb)

aus: EU-Nachrichten Nr. 15, vom 29.4.2010

INTERREG IVC „Renewable Energy Regions Network“ (RENREN)

Vom 28. bis 30. April 2010 fand die Auftaktkonferenz des INTERREG IVC-Projekt „Renewable Energy Regions Network“ (RENREN) im Landeshaus statt.

Für diese dreitägige Veranstaltung kamen Vertreter von 14 europäischen Partnerinstitutionen in der Landeshauptstadt zusammen, so dass ca. 130 Gäste aus Wirtschaft und Politik im Plenarsaal begrüßt werden konnten.

Hauptziel des von der EU unter dem Programm INTERREG IVC mit 1,6 Mio. Euro geförderten Projekts ist der Erfahrungs- und Wissensaustausch über die Gestaltung von Rahmenbedingungen zur Förderung und Nutzung regenerativer Energien.

Die Federführung des Projekts liegt beim Land Schleswig-Holstein, dessen Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Jost de Jager die Veranstaltung eröffnete. EU-Kommissar Günther Oettinger übersandte seine besten Wünsche für das Projekt per Videobotschaft und seine Überzeugung, dass „RENREN“ Vorbildcharakter für ähnliche Projekte haben kann.

Wissensaustausch über das Überwinden technischer und administrativer Hürden soll zudem die Öffentlichkeit auf eine verbesserte Nutzung dieser Energien aufmerksam gemacht werden. Davon können auch Unternehmen aus Schleswig-Holstein profitieren, die im Bereich von erneuerbaren Energien tätig sind.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein unterstützt das Land bei der Koordinierung und Umsetzung dieses Projektes.

Die 14 Partnerregionen gelten jeweils als Experten für einen Bereich erneuerbarer Energien. Dies sind z.B. im Bereich Windenergie das Land Schleswig-Holstein, für die Geothermie die Westfjorde in Island. Weitere Energiefelder sind Biomasse, Wasserkraft und Gezeitenkraft.

Näheres siehe: www.renren.eu

aus: Eurobrief, Juni 2010, herausgegeben von der Investitionsbank und der Europaabteilung der Staatskanzlei Schleswig-Holstein



LITERATURTIPPS

Gemeinsam für die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein

Arbeitsergebnisse der Initiative für eine Koalition für die ländlichen Räume

Hrsg.: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Januar 2008, 22 Seiten, kostenlos erhältlich bei der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Die Broschüre umfasst die gemeinsame Erklärung der ALR und der

Nordelbischen Kirche und die Beiträge der Fachgruppen zu den Rahmenbedingungen und den Herausforderungen, unter denen die ländlichen Räume stehen, sowie Forderungen, Ziele und Lösungsansätze in den Bereichen „Bildung“, „Gesundheit“, „Kultur“, „Mobilität und Verkehr“, „Umwelt und Naturschutz“ sowie „Wirtschaft und Regionalentwicklung“.

„Wege mit Aussichten“

Teil C „Handlungsleitfaden für Kommunen“ der Studie zur Zukunftsfähigkeit des ländlichen Wegenetzes in Schleswig-Holstein, Oktober 2008, 45 Seiten, kostenlos erhältlich bei der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Hrsg.: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Bauernverband Schleswig-Holstein e.V. und Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag

Der Handlungsleitfaden ist Ergebnis der Studie „Wege mit Aussichten“, einem gemeinsamen Projekt der drei Herausgeber, welches mit finanziel-

ler Unterstützung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume aus Mitteln des Schleswig-Holstein Fonds umgesetzt wurde. Die Dokumentation der Studie zur Zukunftsfähigkeit des ländlichen Wegenetzes in Schleswig-Holstein gliedert sich in 3 Teile:

Teil A: Abschlussbericht

Teil B: Untersuchung der Beispielgemeinden

Teil C: Handlungsleitfaden für Kommunen

Sollten Sie auch Interesse an den Teilen A und B haben, sprechen Sie bitte Herrn Sommer in der Geschäftsstelle der Akademie für die Ländlichen Räume an.

Land in Form

Das „Magazin für Ländliche Räume“ widmet sich in der Ausgabe 02/2009 dem Schwerpunkt „Kooperationen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft als Chance für ländliche Räume“.

Ob überregional, regional oder lokal, ob mit dem Ziel, den Lebensmittelabsatz, die Bioenergieerzeugung, die Holzvermarktung oder den Naturschutz zu verbessern: Kooperationen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sind vielfältig und weit verbreitet. Doch wie und aus welchen Gründen kommen Kooperationen eigentlich zustande?

Welche Vorteile können sie bieten? Und welche Rahmenbedingungen beeinflussen den Erfolg eines Kooperationsprojektes? Diese und andere Fragen werden im Fokusthema dieser Ausgabe behandelt und anhand interessanter Projekte aus der Praxis veranschaulicht.

„Land in Form“ wird herausgegeben von der dvs (Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume) und kann kostenlos bezogen werden.

Weitere Informationen:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/publikationen

Land-Berichte, Sozialwissenschaftliches Journal

Hrsg.: Karl Friedrich Bohler, Anton Sterbling, und Gerd Vonderach.

Shaker Verlag 2010, Jahrgang XIII, Heft 1/2010.

ISBN 978-3-8322-8922-5.

ISSN 1868-2545. 114 S.

Preis: 10,00 €

Die Zeitschrift dient der sozialwissenschaftlichen Bildung in einem fächerübergreifenden Verständnis. Eine besondere Aufmerksamkeit finden dabei Themen und Problemstellungen regionale und ländlicher Lebenswelten. Ländliche Regionen

unterliegen in modernen Gesellschaften einem weitgreifenden Wandel ihrer Erwerbs- und Sozialstruktur, ihrer Kultur, Siedlungsgestalt und Landschaftsnutzung.

Beiträge in Heft 1/2010:

- Erleben im Raum der Erlebnislandschaft
- „Soziale Landwirtschaft
- Das Ilse-Projekt. Sozialwiss. Aspekte bei der Umsetzung eines Naturschutzprojektes
- Das Pendlerwesen im historischen Wandel ... u.a.

Gerd Vonderach: Erkundungen ländlicher Lebenswelten.

Berichte über lebensweltnahe Forschungsvorhaben aus vier Jahrzehnten. Buchreihe Land-Berichte; Beihefte der Zeitschrift „Land-Berichte. Sozialwissenschaftliches Journal“, Band 4.

Shaker Verlag 2010.

ISBN 978-3-8322-8709-2.

139 S. Preis: 10,00 €

In der Buchreihe „Land-Berichte“ werden Entwicklungen ländlicher Regionen und Initiativen ihrer Be-

wohner zur Gestaltung ihrer Lebenswelt in vielfältiger Hinsicht vorgestellt und diskutiert. Im Band 4 werden interessante Entwicklungen in verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens thematisiert, unter anderem: Fremdenverkehr als Ortsgeschichte und Lebensform, Arbeitslosigkeit sowie Berufliche Rehabilitation als Teil der Lebensgeschichte, Landwirte im Vertragsnaturschutz, Ehrenamtliches Engagement im ländlichen Naturschutz.

Land-Pioniere. Kreativität und Engagement – Lebensbilder aus ländlichen Praxisfeldern.

Hrsg.: Gerd Vonderach. Buchreihe Land-Berichte, Band 3.

Shaker Verlag 2008.

ISBN 978-3-8322-7710-9.

116 S. Preis: 10,00 €

Im Band 3 der Buchreihe „Land-Berichte“ werden folgende Themen vorgestellt

- Die Entwicklung ländlicher Lebensräume als Ausgangspunkt für heutige „Land-Pioniere“
- Biolandwirte in der Agrarregion Oldenburger Münsterland
- Seniorenbetreuung als Initiative niederbayerischer Bäuerinnen
- Engagement in der ländlichen Erwachsenenbildung ...u.a.

„Stadt – Land – Wirtschaft. Zukunft oder Vergangenheit?“

Schriftenreihe der Bayerischen Akademie ländlicher Raum e.V.,

Heft 50/2010

Hrsg. Bayerische Akademie Ländlicher Raum e.V. München 2010.

Preis: 12,00 €

Im Heft 50 der Schriftenreihe wird die Dokumentation der Veranstaltung zum Thema „Stadt – Land – Wirtschaft / Zukunft oder Vergangenheit“ veröffentlicht. Das Sommer-

kolloquium widmete sich überwiegend der Landwirtschaft in der Stadt, der wechselseitigen Abhängigkeit von Stadt und Land in der Landnutzungsfrage und der landwirtschaftlichen Energiegewinnung. Spannende Aspekte – aus ländlicher und aus städtischer Sicht – einer gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels aufkommenden Landnutzungsdiskussion wurden in den Referaten und Debatten angesprochen.

Wissen – Verstehen – Mitreden 2010

Ab sofort ist die jährlich aktualisierte Broschüre des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in der Geschäftsstelle bei Europe Direct erhältlich.

„Europa 2010 - Wissen, Verstehen, Mitreden“ erläutert Neuerungen des Vertrags von Lissabon, der dem EU-Parlament weitreichende neue Kompetenzen einräumt. Außerdem enthält die Broschüre Informationen zu Themen wie EU-Erweiterung, Bin-

nenmarkt, Klimapolitik, Außenpolitik und Verbraucherschutz sowie zu Jugend- und Bildungsprogrammen innerhalb der EU. Die Broschüre „Europa 2010“ kann auch kostenlos über die Internetseite des Informationsbüros des Europäischen Parlaments bestellt sowie in digitaler Form heruntergeladen werden.

www.europarl.de/ressource/static/files/publication/europa-2010.pdf

Unterrichtspaket Europa in der Grundschule – neu aufgelegt

„Entdeckt Europa – Europa in der Grundschule“ – das sind 21 Arbeitsblätter und ein Lehrerheft. Sie sollen Grundschulkindern im Alter von sechs bis zwölf Jahren mit dem Thema „Europa“ und „Europäische Union“ vertraut machen und erscheinen jetzt in zweiter Auflage. Als Berater war der renommierte Bremer Grundschulpädagoge Rudolf Schmitt eingebunden. Mit dem Unterrichtsprojekt zielt die EU-Kommission auf ei-

ne kindgerechte Vermittlung des Themas Europa. Die EU-Kommission, das Europäische Parlament und die Bundesregierung haben die Materialien gemeinsam im Rahmen der Partnerschaft „Aktion Europa“ herausgebracht. Die Unterrichtsmaterialien können auf den folgenden Webseiten kostenlos heruntergeladen werden.

www.entdeckt-europa.eu und
www.zeitbild.de

Aktualisierte Präsentation zur EU als Foliensatz

Die Präsentation „Die EU – Grundlagen, Erfolge, Geschichte, Institutionen“ wurde nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags grundlegend aktualisiert und überarbeitet. Im Bereich Institutionen wurden die Ämter des Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik ergänzt. Die Rubrik Erfolge wurde unter anderem um die Senkung der

Roamingkosten oder die neuen Vorschriften zum Energiesparen durch stromsparende und langlebige Glühlampen erweitert. Die Powerpoint Präsentation steht auf der Webseite der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland kostenlos zum Download bereit.

http://ec.europa.eu/deutschland/service/bookshop/index_de.htm



Prof. emer. Dr. Klaus Klemm

Bildung zwischen Rhetorik und Realität

Vortrag anlässlich der Akademie-Tagung „Bildung im ländlichen Raum“ am 28.4.2010 im Nordkolleg in Rendsburg.

Prof. Klemm gilt als einer der erfahrensten Bildungsforscher in Deutschland. Von 1977 bis 2007 lehrte er an der Universität Duisburg-Essen. Dort leitete er bis zu seiner Emeritierung die Arbeitsgruppe Bildungsplanung/ Bildungsforschung. Prof. Klemm gilt als unabhängiger Kopf. Dies zeigte unter anderem auch seine kritische Distanz zur ersten "PISA"-Studie, deren wissenschaftlichem Beirat er angehörte.

Wer in diesen Tagen die Homepage der Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht, findet dort in einem Beitrag unter der Überschrift „Unser Land braucht Talente, praktische wie akademische“ Angela Merkels Feststellung: „Eine erstklassige Bildung ist der wichtigste Rohstoff in unserem Land.“ Mit dieser bündigen Formulierung folgt die Bundeskanzlerin einer in der Bildungsökonomie seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts – zunächst mit Blick auf Entwicklungsländer und dann generalisierend mit Blick auf alle Volkswirtschaften – herausgearbeitet, ausdifferenziert und durch zahlreiche empirische Studien international wie national belegt These, der zufolge Bildungsausgaben investive Ausgaben sind, einer These, die zuletzt in Deutschland wieder durch den Münchener Bildungsökonom Wöß-

mann in einer größeren Studie untermauert wurde.

Die bildungsökonomische Argumentationsfigur

Wenn die Bildungsökonomie so argumentiert, geht sie davon aus, dass sich der Wohlstand eines Landes in Abhängigkeit entwickelt

- vom eingesetzten Kapital,
- von der Zahl der Erwerbstätigen und deren Lebens- sowie Jahresarbeitszeit und
- von der Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen, also von deren Qualifikation.

Sie, die Bildungsökonomie, konzentriert sich mit ihren Forschungsarbeiten auf die Frage nach dem Beitrag, den die Qualifikation der Er-

werbstätigen zum Wirtschaftswachstum leistet. In der Auseinandersetzung mit dieser Frage kommt eine neuere einschlägige OECD-Studie schätzt, dass in den meisten der von ihr untersuchten OECD-Länder während der neunziger Jahre der Anstieg der Arbeitsproduktivität 50% oder mehr des Anstiegs des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner erklärt. Diese Arbeitsproduktivität lässt sich auf dreierlei Weise erhöhen: durch eine Steigerung der Qualifikation der Erwerbstätigen, durch eine qualitative Verbesserung des eingesetzten Kapitals (z.B. der eingesetzten Maschinen) sowie durch eine Optimierung beim Zusammenwirken der einzelnen Produktionsfaktoren, etwa des Zusammenwirkens der Erwerbstätigen untereinander und ihres Zusammenwirken mit den eingesetzten Produktionsmitteln. Verbesserungen in allen drei Bereichen erfordern einen Vorlauf in Bildung und Qualifikation. Die Menschen müssen für ihre Tätigkeit besser ausgebildet werden. Die Verbesserung der Produktionsmittel erfordert Menschen, die diesen Verbesserungsprozess entwickeln und tragen. Das optimierte Management beim Zusammenspiel der Produktionsfaktoren setzt eine entsprechende Qualifikation voraus.

Folgt man dieser Argumentation, so gilt:

- Ohne die Bereitstellung eines

hoch entwickelten Humankapitals haben Regionen oder ganze Länder in der Konkurrenz mit anderen Regionen bzw. Ländern erhebliche Standortnachteile.

- Ohne die Bereitstellung eines hoch entwickelten Humankapitals ist kein dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu erreichen.
- Die für die Bereitstellung des Humankapitals erforderlichen Bildungsausgaben sind daher Zukunftsinvestitionen.

Die politische Rhetorik und die traurige Realität

Es scheint, dass nicht nur die schon zitierte Bundeskanzlerin den Befunden der nationalen und internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Studien folgen will. Auf ihrem ‚Bildungsgipfel‘ in Dresden konkretisierten die Bundeskanzlerin und die sechzehn Regierungschefs der Bundesländer am 22. Oktober 2008 gemeinsam eine Politik, die Deutschland zur ‚Bildungsrepublik‘ machen sollte. Die Verkündung ihrer Qualifizierungsinitiative für Deutschland stellten sie gemeinsam unter die Überschrift „Aufstieg durch Bildung“ (eine Überschrift übrigens, unter die die SPD bereits 1963 ein Deutschlandtreffen gestellt hatte!). Auf diesem Bildungsgipfel verkündeten die Regierungschefs einstimmig ihre Absicht, die öffentlichen und privaten Aufwendungen für Bildung und Forschung bis zum Jahr

2010 auf 10% des Bruttoinlandsproduktes zu steigern – auf 7% für Bildung und 3% für Wissenschaft. Bei dieser Beschlussfassung orientierten sie sich an dem für sie damals aktuellen Wert des Jahres 2005, an einem Anteilswert von 8,5%. Die von ihnen seinerzeit avisierte Steigerung von 8,5% auf 10%, also um 1,5 Prozentpunkte, hätte bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt des Verkündungsjahres 2008 eine Steigerung der öffentlichen und privaten Bildungs- und Forschungsausgaben um 37,3 Mrd. Euro.

Konfrontiert man die politischen Absichtserklärungen mit der realen Entwicklung der Finanzierung des deutschen Bildungswesens, so zeigt sich: Der Anteil des Bruttoinlandsproduktes, den Deutschland jährlich für Bildung und Forschung ausgibt, ist in den Jahren bis zum Bildungsgipfel kontinuierlich gesunken: 1995 lag er noch bei 8,8%, 2007 dann bei 8,4%. Hätte er 2007 noch bei dem Wert des Jahres 1995 gelegen, so hätte Deutschland in diesem Jahr 10 Mrd. Euro mehr für Bildung und Forschung ausgegeben. Für die Jahre ab 2008 liegen – in Folge der Verzögerungen beim Zusammentragen der Daten – noch keine belastbaren Werte vor, so dass auch nicht festgestellt werden kann, ob und inwieweit Deutschland eine Trendwende in Richtung 10% eingeleitet hat. Umso erstaunlicher ist vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass

die Finanzministerkonferenz Anfang Oktober 2009 feststellte, dass „bereits gegenwärtig gut 10 v. H. des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung aufgewendet werden.“ Die Finanzminister bieten dafür drei Erklärungen:

- Der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes in Folge der Wirtschaftskrise führt dazu, dass auch bei stagnierenden Bildungsausgaben ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt steigt.
- Die Ausgaben für Bildung sind 2009 gegenüber 2007 gestiegen, nicht zuletzt auch in Folge des für den Bildungsbereich relevanten Konjunkturprogramms (Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder – 2009).
- Die bisherige (und von der Finanzministerkonferenz korrigierte) Untererfassung der bisherigen Bildungsausgaben – z. B. der nach Meinung der FMK nicht angemessen berücksichtigten Versorgungsausgaben (Pensionen).

Glaubt man der Finanzministerkonferenz, so lässt sich feststellen: Die Zielmarke 10% ist bereits erreicht, ein weiterer Ausbau der Bildungsausgaben also auch nicht erforderlich. Wie immer man dazu stehen mag: Diese Konsequenz konterkariert die auf dem Bildungsgipfel verkündete Intention, mehr (bis 2015

nämlich je Jahr 1,5 Prozentpunkte oder 37,3 Mrd. Euro) für Bildung und Forschung zu verausgaben. Die Verbesserungen im Bildungs- und Forschungsbereich, die dadurch erreicht werden sollten, lassen sich eben nicht alternativ dadurch bewirken, dass sich die Bezugsgröße ändert oder dass die Definition dessen, was Bildungsausgaben sind, einseitig und nachträglich verändert wird.

So berechtigt die Kritik an der FMK auch sein mag, so wahrscheinlich ist es jedoch, dass sich die Finanzminister mit ihrer Position durchsetzen werden: Die im Rahmen der Föderalismusreform im Bundestag und im Bundesrat (allerdings gegen die Stimme Schleswig-Holsteins) verabschiedete Verfassungsänderung verpflichtet die Länder dazu, bis 2020 ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Es fällt schwer anzunehmen, dass sich in diesem größeren Zusammenhang Bildungsausgaben nennenswert werden steigern lassen – schon gar nicht, wenn es tatsächlich zu Steuersenkungen kommen sollte.

Was kommt auf Schleswig-Holstein zu?

Die hier formulierte eher pessimistische Perspektive trifft auch und erst recht für Schleswig-Holstein zu: Schon heute gilt, dass der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am

Gesamthaushalt (von Land sowie den Gemeinden und Zweckverbänden gemeinsam) im Jahr 2009 hierzulande mit 22,3% deutlich unter dem durchschnittlichen Anteil der westlichen Flächenländer von 24,3% lag. Beim Schuldenstand je Einwohner wird Schleswig-Holstein mit 8.426 Euro unter den westdeutschen Flächenstaaten nur noch vom Saarland mit 9.554 Euro übertroffen. Und nicht zuletzt: Schleswig-Holstein zählte auch 2009 beim Länderfinanzausgleich zu den Nehmerländern.

Angesichts dieser Perspektive ist zu erwarten, dass der in Folge der demographischen Entwicklung anstehende Rückgang der Schülerzahlen genutzt wird, Ressourcen aus dem Bildungssystem (gleichsam parallel zum Schülerrückgang) abzuziehen. Dies hätte verheerende Folgen – weniger für die vier kreisfreien Städte des Landes und mehr für den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein. Um das zu verdeutlichen und zu belegen, sollen die für den schulischen Bereich relevanten demographischen Daten noch einmal in Erinnerung gerufen werden:

- In der Gruppe der 6- bis unter 18jährigen wird es bis 2020 in Schleswig-Holstein noch einen Rückgang auf etwa 85% kommen,
- bei den Einschulungsjahrgängen nur noch auf 90%,

- bei den Zehnjährigen, die für den Wechsel in die weiterführenden Schulen anstehen, erwarten wir von 2009 bis 2020 im Landesdurchschnitt noch einen Rückgang auf 80%!

Wenn diese demographische Entwicklung genutzt wird, parallel zu ihr das Bildungsbudget abzuschmelzen anstatt es – wie auf dem Bildungsgipfel versprochen – auszuweiten, so werden für die Entwicklung des Bildungswesens zumal im ländlichen Raum wichtige Aufgaben nicht bewältigt werden. Dies betrifft im Einzelnen:

- **den vorschulischen Bereich, also Krippen und Kindergärten:**

- Im Bereich der Krippen verfügt Schleswig-Holstein 2009 für 14,3% der unter Dreijährigen über Krippenplätze (in Einrichtungen bzw. in der Tagespflege) – bei einem bundesdeutschen Durchschnitt von 20,2%. Dabei findet sich bei den kreisfreien Städten eine Spreizung von 11,7% in Lübeck bis hin zu 19,0% in Kiel. In den Landkreisen liegt das Versorgungsniveau deutlich niedriger: Es reicht dort von 7,9% im Landkreis Dithmarschen bis zu 17,0% im Landkreis Herzogtum Lauenburg. Insgesamt sind das Land und

insbesondere die Landkreise noch weit entfernt von dem bundesweit für das Jahr 2013 proklamiertem Ausbauziel 35% entfernt.

- Im Bereich der Kindergärten ist die Lage günstiger: 85,7% der Drei- bis unter Sechsjährigen finden in Schleswig-Holstein ein Angebot – im Vergleich zu bundesweit 91,6%. Auch hier finden wir bei den Landkreisen eine Spannweite von 77,2% im Dithmarschen bis hin zu 90,4% im Landkreis Plön (und 91,3% in Kiel).
- **die Grundschulen:** Bei dem im Landesdurchschnitt erwarteten Rückgang der Einschulungszahlen auf 90% bis 2020 wird es in zahlreichen Fällen zu Standortgefährdungen kommen, wenn es nicht gelingt, an Standorten, die die Mindestgröße 80 nicht erreichen, Stellenzuweisungen abzukoppeln von der Schülerzahlentwicklung.
- **die weiterführenden Schulen** gleich in zweifacher Weise:
 - Der Rückgang der Zahl der Zehnjährigen auf 80% bis 2020 wird dazu führen, dass Regionalschulen erforderliche Mindestschülerzahl von 240 und Gemeinschaftsschulen die

entsprechende Mindestzahl von 300 in der Sekundarstufe I nicht dauerhaft erreichen. Die gerade erst neu etablierte Sekundarschulstruktur wird an einzelnen Standorten gefährdet sein, die vielerorts eingeleitete Doppelstruktur (neben Gymnasien noch Regional- und Gemeinschaftsschulen) erschwert eine stabile Schulentwicklung zusehends.

- Der seit Langem anhaltende Konzentrationsprozess von Schulstandorten wird sich fortsetzen: Hier in Rendsburg pendeln schon heute 18% der Regionalschüler, 45% der Gemeinschaftsschüler und 80% der Gymnasiasten tagtäglich ein. Dies erfordert, ganz besonders in den G8-Gymnasien, den Ausbau zu Ganztagschulen, ein Ausbau, der erhebliche Investitionen und Folgekosten hervorruft.
- **die außerschulische Jugendbildung:** In dem Maße, in dem Gemeinden ohne Schulangebote im Pflichtschulbereich bleiben bzw. in dem sie diese Angebote aufgeben müssen, verlieren sie damit zugleich einen wesentlichen Bezugspunkt für Sport und für musische Bildung ebenso wie für Sozialarbeit. Dies gilt umso mehr, je weiter der Ausbau schulischer Ganztagsangebote fort schreitet.

Insgesamt muss festgestellt werden: Die fortschreitende Entblößung von örtlichen Angeboten im vorschulischen, im schulischen und im außerschulischen Bereich, die nur durch erhebliche Ressourcenzuflüsse aufgehalten werden kann, wird zu einer weiteren Polarisierung zwischen ländlichen Räumen und Ballungsräumen führen. Gemeinden, die über keine ausgebaute Bildungsinfrastruktur verfügen,

- werden – zumal bei insgesamt sinkenden Bevölkerungszahlen – kaum positive Wanderungsentwicklungen erleben,
- sie werden junge Menschen mit mittleren sowie höheren schulischen Qualifikationen verlieren und auf diese Weise Standortnachteile bei der Ansiedlung von Unternehmen haben und
- sie werden nicht zuletzt dadurch in ihrer Wirtschaftskraft geschwächt.

Was ist zu tun?

Auch wenn die Qualität von Bildungseinrichtungen nicht allein von der Ausstattung mit Ressourcen bestimmt wird, muss zuallererst darauf gedrungen werden,

- dass die durch die demographisch bedingte Verkleinerung des Bildungssystems insgesamt frei werdenden Ressourcen im Bildungssystem bleiben und dass die bundesweit versprochen zu-

- sätzlichen Bildungsausgaben tatsächlich in den Haushalten verlässlich verankert werden.
- Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die auf diese Weise im System verbleibenden und neu hinzu kommenden Finanzmittel nicht nach dem Gießkannenprinzip gleichermaßen im Land verteilt werden, sondern dass diese Mittel nach dem Prinzip einer positiven Diskriminierung an regional und/oder sozial geschwächte bzw. schwächere Regionen fließen.
 - Schließlich muss im Bildungsbereich die Art der Bewirtschaftung der finanziellen Mittel grundlegend verändert werden. Dies muss auf dreierlei Weise Gestalt annehmen:
 - Die einzelnen Kommunen wie auch die einzelnen Bildungseinrichtungen müssen autonomer als bisher über die Art und Weise des Einsatzes ihrer Bildungsausgaben verfügen können. Zahlreiche Erfahrungen mit Projekten der ‚selbstständigen‘ oder ‚autonomen‘ Schule und allemal ausländische Erfahrungen lehren uns, dass die Kommunen und die Bildungseinrichtungen, wenn sie autonomer agieren können, ihre Ressourcen zielgenauer und effizienter einsetzen können.
 - Innerhalb der Kommunen – und möglichst auch auf der Ebene des Landes – muss Schluss gemacht werden mit der Abschottung der Ressorts untereinander: vorschulische Bildung, Schulbildung, außerschulische Jugendbildung, Jugendhilfe und lebenslanges Lernen müssen als Einheit begriffen und bei der Ausgaben-gestaltung in ihrem Zusammenhang gesehen werden. Es darf nicht länger sein, dass z.B. im Schulbereich bei der Förderung schwacher Schülerinnen und Schüler das Geld gespart wird, das später dann in der Jugendhilfe und bei Weiterbildungsbereich nachträglich zur ‚Reparatur‘ wieder eingesetzt werden muss.
 - Die Kooperation zumal der kleineren Kommunen bei Planung und Steuerung ihrer Bildungsangebote muss gestärkt werden. In regionalen Bildungslandschaften kann Manches ‚aufgehoben‘ werden, was bei fortgeführter Vereinzelung verloren zu gehen droht. Damit aber sind wir bereits bei einem Thema, das uns im Verlauf der Tagung noch beschäftigen wird!



ADRESSENVERZEICHNIS DER VERANSTALTER

Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Hamburger Chaussee 25
24220 Flintbek
Telefon: 04347 / 704-800
Fax: 04347 / 704-809
E-Mail: info@alr-sh.de
<http://www.alr-sh.de>

Akademie für Natur und Umwelt
des Landes Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 25
24220 Flintbek
Telefon: 04347 / 704 780
Fax: 04347 / 704 790
E-Mail: info@afnu.landsh.de

bsbb beta seminare
bonn berlin GmbH
Celsiusstraße 43
53125 Bonn
Tel.: 0228 9193737 / -9193739
Fax: 0228 250535
E-Mail: info@bsbb.de
Internet: www.bsbb.de

Hermann Ehlers Stiftung
Gurlittstraße 3
24106 Kiel
Tel: 0431 / 38 92-23
Fax: 0431 / 38 92-38
E-Mail: bratz@hermann-ehlers.de

kommunare
Institut für die Nachhaltige
Regional- &
Organisationsentwicklung
Stefan & Dorle Gothe, GbR
Sebastianstraße 24
53115 Bonn
Telefon: 0228 / 9212352
Fax: 0228 / 9212375
E-Mail:
stefan.gothe@kommunare.de
Internet: www.kommunare.de

4. Umschlagseite

56